

25 | Juni 1976

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 6 MINDERHEITENFESTSTELLUNG
- 10 GANZTAGSSCHULE: Wer fragt die Kinder?
- 13 ALICE SCHWARZER 2. Teil
- 26 IN SACHEN ULRIKE MEINHOF
- 28 CHINA: Nur ein Zwischenfall?
- 33 US-WAHLKAMPF
- 36 UNI-WAHLEN: Was tun?

Militarisierung und Widerstand beim Bundesheer

Sechs Monate sind genug!

Das war der seinerzeitige Wahlhit der SPÖ. Damit trug sie dem Unbehagen mit dem Bundesheer in breiten Teilen der Bevölkerung - besonders unter der Jugend - Rechnung. Nicht ein militärisch starkes Heer, hieß es (so stark kann es in Österreich gar nicht werden), sei der wesentliche Garant für die Unabhängigkeit Österreichs, sondern eine aktive Neutralitätspolitik. Mit dieser Argumentation wurde auch der Bau der UNO-City begründet und verteidigt.

Nicht zuletzt war diese Haltung der SPÖ dadurch bestimmt, daß sich eine Anti-Bundesheerbewegung entwickelt hatte, die durch große Manifestationen (an der Anti-Lü-Demonstration nahmen 3 - 4000 Menschen teil), durch Agitation vor Kasernen und Musterungslökalen und durch die Volksbegehrenskampagne (immerhin zehntausend Unterschriften) bereits gefährlich für die "Militaristen" wurde.

Mit dem geschickten Schachzug "Verkürzung des Wehrdienstes" gelang es Kreisky u. Co., diese antimilitaristischen Tendenzen zu kanalisieren und gleichzeitig eine Ausweitung der Bewegung zu blockieren.

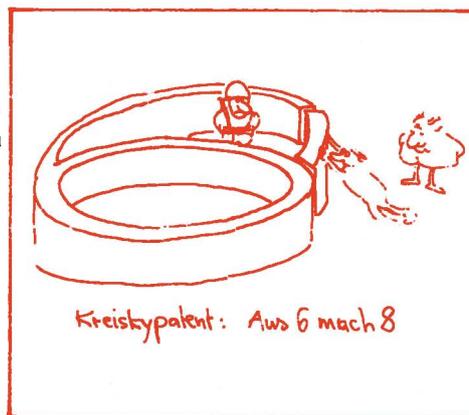
Seither ist viel Zeit vergangen. Systematisch, von Massenmedien unterstützt, ist eine "moralische Aufwertung" des Bundesheeres erfolgt. Die linken Kritiker sind zum Schweigen gebracht worden und dem Wunsch konservativer und reaktionärer Kreise wurde entsprochen. Schließlich will man ja alle Teile des Volkes gewinnen. So ist wahrscheinlich auch die verblüffende Äußerung aus dem Munde des Sonnenkönigs, wir hätten ein "Heer des Volkes", zu ver-

Fortsetzung auf Seite 2

Soldatenkomitee: „Wir geben nicht auf“

Die "Demokratisierung des Bundesheeres" ist ein Schlagwort, das seit Jahren gebraucht und abgenützt wird. Demokratisches Verhalten, das über formale Lippenbekenntnisse hinausgeht, wird jedoch nach wie vor, wie das folgende Beispiel aus der Maria-Theresienkasernen zeigt, mit den tradierten Methoden autoritärer Institutionen sanktioniert.

Die Wehrmänner der 2. Kompanie des 4. Jägerbataillons rückten am 1. April in die Maria-Theresienka-



Kreiskypant: Aus 6 mach 8

serne ein. Miserable äußere Bedingungen - 60 Mann schlafen in einem engen muffigen Mansardenraum, es gibt zu wenig Waschräume und kaum warmes Wasser - und das extrem autoritäre Verhalten der Vorgesetzten veranlaßte die Wehrmänner, vor allem den 1. Zug der Kompanie, dazu, ihre Lage grundsätzlich zu reflektieren und daraus folgernd ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Da es beim Bundesheer keine Kollektivbeschwerden gibt, brachten fast fünfzig Soldaten völlig gleichlautende Einzelbe-

beschwerden ein, die Angst vor Auseinandersetzungen mit Ausbildnern wurde abgebaut. Der Demokratisierungsprozeß innerhalb der Kompanie begann, die Vorgesetzten reagierten: Wegen schlecht geputzter Schuhe gab es Ausgangsverbot, wegen schlechter Haltung - "Verunglimpfung des Bundesheeres in der Öffentlichkeit" - drei Tage Ordnungshaft. Eine spezielle "Übung" war eine Nachschulung, bei der 91 mal (ca. eineinhalb Stunden) die Funktionsprobe am 4,5 Kilogramm schweren Sturmgewehr durchgeführt werden mußte.

Die Bestrafungen erfolgten auf die bekannte subti-

Fortsetzung Seite 3

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT / 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33 a, Telefon: 34 67 145.
Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Ungezeichnete Artikel sind Organisationsmeinung.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

stehen; für Sozialisten sei es daher geradezu verpflichtend, dieses Heer zu stärken. Kein Wunder, daß die bürgerliche "Presse" den Bundeskanzler für seine klaren Äußerungen beglückwünschte.

Die Aufstellung von Bereitschaftstruppen, der Objektschutz wurde von den SP- Jugendorganisationen, aber nicht nur von ihnen, noch geschluckt. Aber der eklatante Bruch des Wahlversprechens brachte die SP- Jugendorganisationen in Bewegung. Der Fackelzug, die Demonstration am 1. Mai und angekündigte Protestaktionen gegen die Zwangsrekrutierung waren Ausdruck dieses Widerstandes gegen die Politik der SP- Regierung. Es schien, als wäre es nach langer Zeit wieder einmal möglich, die Isolation zu durchbrechen und weite Teile der Bevölkerung vermittelt großer einheitlicher Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle zu mobilisieren. Damit wäre die Möglichkeit gegeben worden, den "Marsch nach rechts" der SPÖ einzubremsen oder zumindest zu verlangsamen.

Dazu ist es, das können wir jetzt schon feststellen, nicht gekommen. Die ehemals "jungen Linken" Blecha und Fischer machten dem großen Vorsitzenden die Mauer und die anti-kommunistische Walze konnte ungehindert aufgelegt werden. (Darauf, daß die KPÖ ebenfalls dazu beigetragen hat, kommen wir noch zurück.) Mit erhobenem Zeigefinger wurde auf die Spaniardemonstration verwiesen und die SP- Jugendorganisationen dazu gebracht, sowohl auf eigene Demonstrationen als auch auf gemeinsame Aktionen zu verzichten. Man beschränkt sich auf die legalen Möglichkeiten in der Partei. Einmal mehr wurden die Grenzen der SP- Linken gezeigt und was es bedeutet, daß es in Österreich außerhalb der SPÖ keine echte linke alternative politische Kraft gibt.

Wie verhielt sich nun die Linke in dieser Situation? Die KPÖ, die sonst die SP- Linken nur als Linksblinker bezeichnet, jubelte mit Recht über das mutige Verhalten der SP- Jugendorganisationen am 1. Mai und am Fackelzug. Gleichzeitig sah sie die Gelegenheit gekommen, sich einmal mehr als die "einzige wahre linke Kraft" gegen die SPÖ zu profilieren und aus dem Konflikt SPÖ contra Jugendorganisa-

tionen etwas zu erben. Dementsprechend die Agitation in der "Volksstimme", die es den jungen SP- Funktionären erleichterte (was nicht als Entschuldigung verstanden werden soll), einen Kniefall vor der SP- Führung zu machen.

Nachdem eine gemeinsame Aktion mit offizieller Beteiligung von SP- Organisationen gescheitert war, riefen sowohl der KB als auch die KP- Organisationen zu Demonstrationen auf. Bevor wir auf diese Fakten eingehen, wollen wir noch auf einen bemerkenswerten Leitartikel der "Volksstimme" hinweisen, der an dem Tag, an dem die KP- Organisationen ihre Demonstration veranstalteten, unter dem Titel: "In der Einheit liegt der Erfolg!" erschien.

„Diese demokratische Einheit, die sich in Graz so glänzend bewährte, ist jetzt im Kampf gegen Lütgendorfs reaktionäre Wehrgesetznovelle erst recht notwendig. Weil dies die Regierung weiß, weil dies alle, von Kreisky bis zu den ärgsten Militaristen, wissen, wird alles getan, um eine einheitliche Abwehrfront gegen die zusätzlichen Zwangsverpflichtungen in Form von Kaderübungen und gegen den verlängerten Wehrdienst bis zu elf Monaten zu verhindern. Die Herren, die bei jeder Gelegenheit über Demokratie und Toleranz dozieren, scheuen sich nicht, auch mit den undemokratischsten Mitteln die demokratische Einheit gegen Lütgendorf zu hintertreiben.

Trotzdem: Im einheitlichen Kampf aller, die gegen Militarismus, Zwangsverpflichtung und noch längeren Militärdienst sind, liegt die große Chance, die reaktionäre Wehrgesetznovelle zu verhindern. Das Grazer Beispiel des gemeinsamen Kampfes aller demokratischen Kräfte gegen die rechtsextremistische Provokation zeigt, wie machtvoll die demokratische Einheit ist.“

Wie wahr! Wir stimmen mit dieser Einschätzung vollkommen überein. Jedoch entscheidend ist nicht, was geschrieben wird, sondern wie es sich tatsächlich zugetragen hat.

Dem Beispiel Graz entsprechend, wo es durch ein Personenkomitee gelang, derart breite Kreise zu erreichen, daß die faschistische Provokation verhindert wurde, schlugen wir eine ähnliche Vorgangsweise zur Abwehr der Anschläge der Regierung vor. An einer von der GRM (Gruppe Revolutionäre Marxisten) einberufenen Aktions-sitzung

nahmen wir daher gemeinsam mit Vertretern des Kommunistischen Bundes, der Sozialistischen Mittelschüler, und der Kommunistischen Studenten teil. Einmütig wurde die Initiierung eines Personenkomitees begrüßt, um damit ein einheitliches Vorgehen aller antimilitaristischen Kräfte in Österreich zu erreichen. Partei- und Gruppeninteressen sollten hintangestellt werden, um der Sache besser dienen zu können. Zwei Tage später (an diesem Tag hätte die nächste Sitzung stattfinden sollen) konnte man in der Volksstimme lesen, daß die KP-Organisationen nicht daran denken, auf ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen "links" zu verzichten und zu einer Demonstration aufzuziehen (Uns würde sehr die Haltung des KSV zu diesem Fact interessieren). Es war klar, daß in dieser Situation auch der KB nicht auf seine Profilierung verzichtete. Damit wurde der Schaffung einer "Einheit, die zum Erfolg führt", ein schwerer Schlag versetzt.

Trotz der Versuche, die Anti-Bundesheerkampagne in Parteipropaganda umzufunktionieren, halten wir es für notwendig, ein breites Aktionskomitee gegen die Tendenzen der Militarisierung in Österreich zu entwickeln, das imstande ist, durch geeignete Aktionen dieser Entwicklung Widerstand zu leisten. Daß Ansatzpunkte dazu vorhanden sind, zeigen die letzten Entwicklungen rund ums Bundesheer.

17. Mai 1976



Fortsetzung von Seite 1

le Art: Nicht das Selbstbewußtsein und das mündige Verhalten der Soldaten, sondern äußere Unzulänglichkeiten wurden als Gründe für die Schikanen angegeben.

Das System ist nämlich grundsätzlich nicht in der Lage, auf die intelligente Provokation der Wehrmänner adäquat zu reagieren – die Sanktionen erfolgen auf primitivster Ebene.

Soldatenkomitee „Fall Grusch“:

„Wir geben nicht auf“

Ein Demokratisierungsprozeß beginnt...

Ende April wurde – offensichtlich gegen den Willen der Heeresautorität – der 32jährige Soziologe Werner Grusch mit überwältigender Mehrheit zum Soldatenvertreter der 2. Kompanie gewählt. Von der Solidarität seiner Kompanie bestärkt, setzte Grusch seine Demokratisierungsbestrebungen auch auf dieser Ebene fort: Anfang Mai gründete er das erste österreichische Kasernenkomitee. Das Gremium besteht aus den 14 Soldatenvertretern der Maria-Theresienkaserne und stößt in eine Gesetzeslücke: Rechtlich ist es weder erlaubt noch verboten. In der Öffentlichkeit fand diese Entwicklung großes Interesse. Nachdem in der Presse über das Komitee berichtet worden war, mußte auch Minister Lütgen-

dorf zu diesem Thema Stellung nehmen. Der Verteidigungsminister, dessen Sohn paradoxerweise zu den 14 Soldatenvertretern gehört, distanzierte sich in einem ORF-Interview von der Vereinigung. Er vermutete politisch "linke" Hintergründe.

GRUSCH: "Das Komitee ist überparteilich. Die politische Intention ist ein demokratischer Entwicklungsprozeß in den Kasernen, wir wollen den Soldaten helfen, ihre Rechte wahrzunehmen, sie sollen mündige Wehrmänner werden. Sie sollen nicht mehr aus Angst "kuschen" und sehen, daß sie durch Solidarität stark werden."

Die Funktion der Vereinigung könnte als eine Art Soldatengewerkschaft bezeichnet werden.

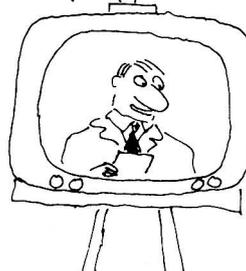


Zukunftsvisionen eines besorgten Österreicher



Mit den Würstchen in den Kantine fängt's an und so wird's aufhören

... Die ÖVP-Parlamentsfraktion ließ heute verlauten, sie werde einen Antrag auf die Abschaffung des Bundesheeres stellen. Dieser Antrag wird derzeit in den Kasernen der Ho-Chi-Minh-Brigade, des Che-Guevara-Regiments und der Roten-Oktober-Abteilungen eingehend diskutiert....



Als erste Veranstaltung führte das Komitee eine "Kantinenaktion" durch. Um auf die extrem hohen Kantinenpreise aufmerksam zu machen, wurden auf dem Kasernengelände Wurstsemmeln und Getränke zu Selbstkostenpreisen verkauft. Die Wehrmänner waren begeistert, und die Presse berichtete über den Erfolg der Aktion.

... und wird brutal unterdrückt

Der Druck auf Grusch und seine Gruppe verstärkte sich jedoch. Offiziell gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Bewußtseinsentwicklung der Wehrmänner und den Vorfällen am 12. Mai. Die Ereignisse sprechen jedoch für sich: Am Vormittag des 12. Mai gab es zwischen Grusch und einem Oberleutnant eine Auseinandersetzung, bei der sich Grusch im Namen seiner Gruppe weigerte, ein Fenster zu bezahlen, das durch Zugluft zerschlagen wurde. Am Nachmittag bekam die 2. Kompanie Gasmasken ausgehändigt. Die Wehrmänner wurden eingeschult und mußten – die übliche Gewöhnung – damit eine Runde im Kasernenhof drehen. Für Grusch und seine zwölfköpfige Gruppe schien das nicht zu genügen: Man hatte sich für sie eine "Spezialübung" ausgedacht. Die Wehrmänner der 1. Gruppe wurden über eine Stunde lang bis zur völligen Erschöpfung mit Gasmaske, Regenschutz, Handschuhen (bei strahlendem Wetter), Gewehr und Stahlhelm geschliffen – Werner Grusch sogar in (verbotener) Einzelschulung. Bei Gasmaskenübungen muß alle zehn Minuten eine Pause gemacht werden, die Ausbilder zwangen die Gruppe jedoch, die Gasmasken länger als eine Stunde ununterbrochen aufzubehalten.

Nach Aussagen von Kollegen bat Werner Grusch wiederholt um eine Pause, da er keine Luft bekäme, seine Bitte wurde jedoch abgelehnt, obwohl er wegen einer Arthritis an der linken Hand und eines Rückgratleidens noch nie an Übungen dieser Art hatte teilnehmen können. Seine Kondition war daher nicht, wie bei den anderen Wehrmännern, langsam aufgebaut worden. Es war vorauszu-

sehen, daß sich dieses plötzliche Schleifen negativ auf seinen Organismus auswirken mußte. Diese Tatsachen waren auch den Ausbildnern bekannt.

Trotzdem mußte Grusch weitermachen. Als er erklärte, er bekäme nun überhaupt keine Luft mehr und brauche dringend eine Pause, wurde er im Laufschrift zum Zugskommandanten geschickt. Nach wenigen Metern brach er ohnmächtig zusammen. Einige Kraftfahrer der Garde, die den Vorfall beobachtet hatten, sorgten für seinen Abtransport in die Krankenstation. Werner Grusch erwachte erst wieder, als er bereits in der Internen Station des Heeresspitals Stammersdorf lag.

Auf Anfrage von Journalisten versuchte daraufhin das Verteidigungsministerium immer wieder, glaubhaft zu machen, Grusch habe wohl den Boden berührt, sich im übrigen den Kollaps aber nur eingebildet. Ein organisches Versagen auf körperlicher Basis sei nicht feststellbar gewesen. Außerdem wurde erklärt, es habe keinen Befehl zum Laufschrift gegeben – das Ministerium versucht, die Affäre mit Lügen zu vertuschen.

Eines steht jedenfalls fest. Werner Grusch wurde bis zum Umfallen geschliffen!

Wir dürfen nicht schweigen!

Albrecht Konecny forderte eine Untersuchung des "Falles Grusch". Die offiziellen Stellen werden alles daran setzen, daß diese Untersuchung solange hinausgezögert wird, bis sie in Vergessenheit geraten ist. Gerade das aber darf nicht passieren. Der "Fall Grusch" ist nicht in erster Linie ein "Fall Grusch" – er ist ein Paradebeispiel aus dem Alltag des Bundesheeres, der zufällig an die Öffentlichkeit gelangte. Er zeigt, daß politisches Bewußtsein beim Bundesheer nicht gefragt ist, daß Mündigkeit mit allen Mitteln unterdrückt wird, aber auch, daß das Gerede von der "Demokratisierung des Bundesheeres" als falsches Versprechen entlarvt werden kann. Das Kasernenkomitee will jedenfalls weiterarbeiten und sich weder von offiziellen noch von inoffiziellen Sanktionen entmutigen lassen. ★

Zivildienst oder ordentlicher Präsenzdienst:

Wenn Du stark bist, geh ...?

Wohin sollen wir als Linke gehen? Nach welchen Kriterien sollen wir die Entscheidung treffen?

Zuerst muß festgestellt werden, daß wir voll für das Recht auf Wehrdienstverweigerung eintreten. Es ist ein Anliegen eines Teiles der Jugend, der autoritäre Strukturen, in extremster Form eben im Bundesheer, als unmittelbar bedrückend empfindet und in diesem Zusammenhang organisierte Gewalt ablehnt.

Gleichzeitig müssen wir zeigen, daß es nicht genügt, sich ein em 6- bis 8-monatigen Disziplinierungsprozeß zu entziehen und dabei in der Illusion zu leben, wieder ein Stück Bundesheer abgeschafft zu haben. Im Gegenteil. Tendenzen zum Berufsheer kann man durch Wehrdienstverweigerung nicht entgegentreten. Man schafft eher einen Vorwand. Vielleicht ließe sich speziell in Österreich durch den Druck einer breiten Bewegung die Abschaffung des Bundesheeres erzwingen, wir halten es dennoch für ein unrealistisches Ziel (weil eben diese Massenbewegung fehlt).

Die Alternativen liegen also eher zwischen einem Heer, das auf allgemeiner Wehrpflicht beruht, und einem Heer, das länger dienenden Kadern und Berufssoldaten immer bedeutendere Funktionen einräumt.

Ziel einer politischen, antimilitaristischen Arbeit kann unseres Erachtens nur der Kampf gegen Berufsheertendenzen und für die Demokratisierung des Bundesheeres sein.

Angesichts der Schwäche der linken Bewegung werden die individuellen Entscheidungen einzelner, antimilitaristische Arbeit im Präsenzdienst oder im Zivildienst zu leisten, kaum einen Einfluß auf die Entwicklung des Bundesheeres ausüben.

Überlegungen über die politische Relevanz eines der beiden Bereiche werden somit eher geringe Bedeutung haben. Familien- und Freizeiterwägungen, Arbeitsbedingungen und psychische Probleme werden für Linke bei der Wahl eine entscheidende Rolle spielen.

Wir wollen trotzdem über die Möglichkeiten und Grenzen politischer Arbeit in beiden Dienstbereichen diskutieren, um damit für zukünftige Einschätzungen eine Basis zu gewinnen.

ORDENTLICHER PRÄSENZDIENST

Der psychische Druck ist im Bundesheer sicher größer als im Zivildienst. Der Drill ist reine Erniedrigung und Einschüchterung. Die Ausgangs- und Freizeitmöglichkeiten beim Heer hängen vom Standort, von der eigenen Aufmüpfigkeit und vom guten Willen der jeweiligen Vorgesetzten ab. Zwar sind persönliche Kontakte beim Heer leichter als im Zivildienst herzustellen (was ja die banalste Voraussetzung für politische Betätigung ist), doch sind die Kontroll- und Repressionsmöglichkeiten um einiges intensiver als im Zivildienst. Das setzt politischem Engagement wieder Grenzen. Der linke Einzelkämpfer kann letztlich noch immer leicht durch Versetzung mit anschließender Schreibtischarbeit von seinen Kameraden getrennt werden. Das in den letzten Tagen gegründete Kasernenkomitee ist eine großartige Ausnahme zur früheren Praxis. Ob dieser organisatorische Zusammenhalt auch nach der 6-wöchigen Grundausbildung aufrecht erhalten werden kann, bleibt abzuwarten.

In Ländern mit entwickelteren Klassenkämpfen stellt die politische Arbeit im Militär natürlich einen notwendigen Bestandteil der globalen Politik dar. Der Marsch von Linken durch die Institutionen der Militärs ist dort keine Seltenheit.

Von einem Linken in Österreich eine militärische Karriere zu erwarten, wäre dagegen unrealistisch. Bei uns

hat derzeit die Entwicklung der Klassenkämpfe in den Betrieben erste Priorität. Die politische Arbeit im Militär ist zwar auch wichtig, darf aber nicht überbewertet werden.

Um allgemeine Verhaltensregeln aufstellen zu können, fehlen uns augenblicklich noch die Erfahrungen.

ORDENTLICHER ZIVILDienst

In seiner jetzigen Form rührt der Zivildienst nicht an den Strukturen des Bundesheeres - er bringt bestenfalls jene Gewissensentlastung für den einzelnen, den Waffengebrauch nicht trainieren zu müssen. Auch der demütigende Gehorsamsdrill weicht im Zivildienst einer "sachlich" begründeten Hierarchie - der Hierarchie des Arbeitsprozesses.

Im Gegensatz zum Bundesheer ist der Freizeitbereich im Zivildienst durch den Wegfall der Kasernierung nicht reglementiert; außerdem hat der Zivildienst gegenüber dem Präsenzdienst finanzielle Vorteile: Er bekommt im Monat, Familienbeihilfe und Mietzinsbeihilfe nicht berücksichtigt, fast 4.000,- Schilling.

Im Großen und Ganzen ist der bestehende Zivildienst keinesfalls geeignet, die Widersprüche zwischen antimilitaristischem und pazifistischem Bewußtsein und der Realität einer Klassengesellschaft zu lösen. Hier könnte politische Arbeit konkret ansetzen.

1. Nach dem Willen der Gesetzgeber darf der Zivildienst die Organisation des Bundesheeres und seinen Ausbau nicht in Frage stellen - Zivildienst

ist nur Ausnahme, Präsenzdienst die primäre Pflicht des Staatsbürgers. Hier wäre der Anspruch der Verweigerer, Entmilitarisierung in unserer Gesellschaft voranzutreiben, mobilisierbar.

2. Da der Zivildienst die planmäßige Ergänzung des Bundesheeres nicht gefährden darf, wurde eine Kommission installiert, die die Zahl der Zivildienstler regelt.

Oft heraufbeschworene Begriffe bürgerlicher Rechtstheoretiker wie Gewissensfreiheit, Respektieren des einzelnen Individuums u. ä. erweisen sich daher als leere Worte. (Es ist durchaus möglich, daß die Zivildienstkommission abgeschafft wird - allerdings nur dann, wenn die Zahl der Wehrdienstverweigerer sich in den kalkulierten Grenzen hält).

3. Die Hoffnungen auf Alternativen zu den militärischen Gehorsamsstrukturen wurden im Zivildienst ebenfalls nicht erfüllt. Hinter der unmittelbaren Kollegialität am Arbeitsplatz verbirgt sich die ebenso autoritäre Zivildiensthierarchie: Gewissenhaft und pünktlich auszuführende Weisungen, keine Rechte auf gewerkschaftliche Organisation usw.

Die funktionale Trennung, Zivildienst für sensible, zartfühlende Menschen, Präsenzdienst für normale, vom bürgerlichen Staat aufgezwungen, muß aufgehoben, die gemeinsamen Ziele müssen bewußt gemacht werden - im Zentrum steht dabei die Forderung nach einer Demokratisierung des Bundesheeres. Politische Arbeit ist dementsprechend in beiden Bereichen sinnvoll und möglich - entscheiden sollte jeder selber.

G.K/H.S. ★



Es geht uns alle an

Wäre der Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages gleich 1955 oder 1956 in die Tat umgesetzt worden, hätte es wahrscheinlich keine Ortstafelstürmer gegeben. Damals, da waren die geistigen Träger der sogenannten "Deutsch-Kärntner" noch in den Rattenlöchern verkrochen. Jetzt aber sind sie wieder da. Schon bei der 50-Jahr-Feier der Volksabstimmung 1970 konnte man sie kommen sehen in allen Varianten alter Traditionen. Die gesamte Bundesregierung ist auf der Ehrentribüne gesessen und hat diese Defilierung abgenommen, anscheinend ohne zu spüren, was sich da entwickelte. Und als dann die Bundesregierung einen Akt setzte, der einen Teil der Rechte der slowenischen Minderheit verwirklichen sollte, brach der Sturm los.

Um bei den nächsten Wahlen keine Stimmen zu verlieren, gab die Bundesregierung nach. Es kann ja kein Zufall sein, daß gerade in dieser Phase Landeshauptmann Wagner feststellte, daß er einmal ein 'zackiger Hitlerjunge' gewesen sei. Er wußte schon, wen er damit ansprach.

Auf der Suche nach einem Ausweg kam man auf die Idee eine "Volkszählung besonderer Art" durchzuführen. Die Minderheit sollte erst einmal festgestellt werden sich als solche deklarieren und dort, wo dann 25 Prozent der Bevölkerung sich als Slowenen ausgewiesen hätten, dürfte eine Ortstafel stehen. Und dies nach einer jahrzehntelangen Germanisierungspolitik! Nach den Aussiedlungen, die die SS in diesen Gebieten vorgenommen hat.

Leute, deren Rechtsempfinden noch intakt war, gründeten ein Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen. Am 9. April '76 fand in Klagenfurt eine Demonstration gegen die "Volkszählung besonderer Art" und für die Erfüllung des Artikels 7 statt. Was sich da abspielte, trieb einem die Schamröte ins Gesicht. Aus den Urtonen der Deutsch-Kärntner klang Haß und Feindschaft, von einer Bereitschaft mit ihren slowenischen Landsleuten auszukommen, war wenig zu spüren.

"RUF DER HEIMAT", so heißt das Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes. Es ist 12 Seiten stark und wird in Kärnten "An einen Haushalt" gebracht. Und das in 80.000 Fällen. Der Titel der Aprilnummer lautet: "Gegen Freibrief für Slowenisierung" und innen stehen unter anderem folgende Sprüche: "Schluß mit ungerechtfertigten Zugeständnissen an eine zahlenmäßig nicht ermittelte slowenische Minderheit auf Kosten des österreichischen Steuerzahler" - "Keine Geschenke an die Minderheit auf Kosten der Deutsch-Kärntner Mehrheit!"

Im Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages heißt es unter anderem: "Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Recht als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten."

Was aber geschieht in Österreich? Die geistigen Träger faschistischen Gedankengutes blasen zum Angriff gegen jene Minderheit, die sie in den Vierziger Jahren auszurotten begann und was ihr auf Grund des verlorenen Krieges nicht ganz gelungen ist. All dies geschieht mit höchster Billigung.

Es stimmt nämlich, daß die Slowenen in Kärnten bessere Österreicher waren und sind, als viele jetzt hochgestellte Persönlichkeiten, mögen sie noch so viele Verdienstkreuze tragen. Um den Staatsvertrag überhaupt zu bekommen, wurde stolz auf die Partisanen hingewiesen. Damals. Heute werden aber diese Leute noch immer von den Deutsch-Kärntnern gehaßt.

Sie haben ja nicht das Ehrenkleid der Hitlerarmee getragen. Das ist der Punkt, um den sich alles dreht.

Obwohl sich die Slowenen zur österreichischen Republik bekennen, sich als Österreicher fühlen, werden ihnen Anschlußtendenzen unterschoben (nach Jugoslawien). Das macht böses Blut und lenkt von den wirklichen Problemen ab. Angeschlossen wurden die Deutsch-Kärntner an das Dritte Reich.

Der Abgeordnete der FPÖ Dr. Scrinzi hat sich Wiener Universitätsboden erobert, nachdem ihm das schon zweimal mißlungen war. Die Polizei hat ihm dabei geholfen, sie hat die linken Studenten geschlagen und "abgedrängt", wie das so schön heißt, damit er in der Uni seine Urlaute zur Minderheitenfrage ausstoßen konnte.

Scrinzi's Auditorium - etwa hundert bewaffnete NDP-Schläger in Kampfanzügen - wurde durch einen erstmaligen Polizeieinsatz auf Universitätsboden "beschützt".

Der Kampf gegen die "Volkszählung besonderer Art" geht weiter. Er bleibt nicht auf Kärnten allein beschränkt. Das wäre auch nicht gut. So findet am Montag, den 31. Mai in Wien eine Protestdemonstration statt. Als Antwort auf Dr. Scrinzis Einzug in die Uni und für die Rechte einer Minderheit, deren Schicksal echt österreichisch ist.

L. L.



SLOWENEN IN KÄRNTEN

Volkszählung im Gebiet Kärnten			Slowenisch	in Prozent
Jahr	Durchführende	Erhebungsgrundlage	Sprechende	d. Bevölkerung
1923	österreichisch	Denksprache	37.292	10,1
1934	österreichisch	Kulturkreis	26.796	6,7
1939	deutsch	Muttersprache	43.179	10,4
1951	österreichisch	Umgangssprache	42.095	8,9
1961	österreichisch	Umgangssprache	25.472	5,1

(Diese Liste ist aus dem Österreich-Lexikon entnommen)

Erfolge der Grazer Antifaschisten

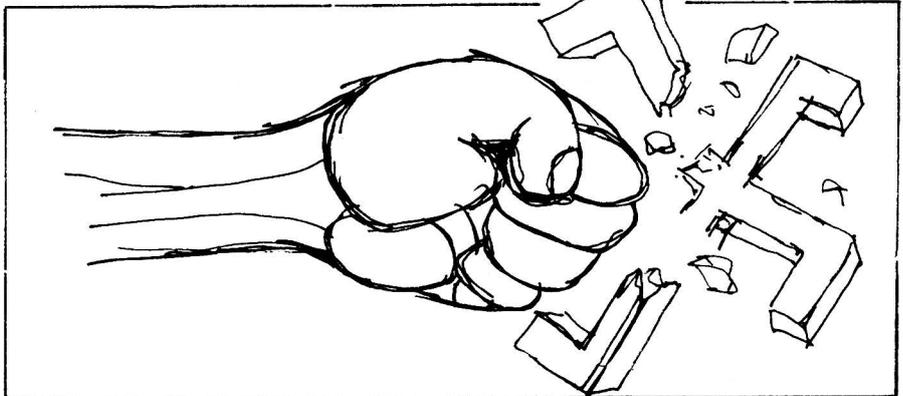
Die großdeutsche und neonazistische Provokation, am 29. Mai in Graz mit Fackelzug und Kundgebung "1000 Jahre deutsche Ostmark" zu feiern, findet vorerst einmal nicht statt. Der Widerstand breitester Bevölkerungsschichten zwang die Veranstalter, Farbe zu bekennen, und die Behörden, gegen die faschistischen Umtriebe einzuschreiten.

War was geschehen? Ermutigt durch die Tatsache, daß in den letzten Jahren die Veranstaltungen des "Steirischen Frühlings", hinter denen das sattnam bekannte "Deutsche Kulturwerk" steht, ohne größere Zwischenfälle durchgeführt werden konnten, ja, eine im Vorjahr geplante Gegendemonstration von der Polizei verboten wurde, plante das "Deutsche Kulturwerk" für heuer ein großes "Ostarrichi - Treffen". Mit Bussen sollten Teilnehmer aus anderen Bundesländern nach Graz gebracht werden (vor allem der Kärntner Heimatdienst rührte die große Werbetrommel), und soweit bekannt wurde, hatten auch rechtsradikale Organisationen aus der Bundesrepublik ihr Kommen zugesichert.

Um diesem neonazistischen Spuk ein für allemal ein Ende zu bereiten, bildete sich Ende März ein Aktionskomitee zur Verhinderung der Kundgebung "1000 Jahre deutsche Ostmark". Dieses Komitee fand sehr rasch breiteste Zustimmung. SP-, VP-, KP- Organisationen, die FÖJ-BFS, GE, DSU, GRM, das Grazer Jugendforum, der Steiermärkische Landesjugendbeirat, die Hochschülerschaft erklärten sich mit den Zielen des Komitees solidarisch, die steirische Landesexekutive des ÖGB, der Mürtzzuschlager Gemeinderat, Betriebsratskörperschaften (Alpine-Donawitz, Odörfer, Vereinigte Bühnen, Loba-Chemie) verlangten ein energisches Vorgehen der Behörden, Politiker, ÖVP-Bundesrat Pumpernig, SPÖ-Vizebürgermeister Stoiser, ÖVP-Landtagsabgeordneter Schilcher, SPÖ-Stadtrat Stringl u. a. gehören dem Komitee an. Zuschriften von Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens, sowie Zustimmungserklärungen von

über 1000 Österreichern langten beim Aktionskomitee ein.

Die Tätigkeit des Personenkomitees liegt auf zwei Gebieten. Einmal wurde eine Dokumentation ausgearbeitet, die sich mit dem Gedankengut der "Aula", des "Eckart-Boten" und anderer rechtsradikaler Schriften beschäftigte, die auch die Querverbindungen zwischen den einzelnen rechtradikalen und neonazistischen Vereinen aufzeigte, zum zweiten wurde eine Gegenkundgebung vorbereitet.



Nach langem Zögern des Innenministers wurde schließlich das "Deutsche Kulturwerk" aufgelöst. Nicht aus politischen Gründen, wie das Komitee bedauernd feststellte, sondern lediglich aus formalrechtlichen. Die Kundgebung vom 29. Mai war von diesem Verbot jedoch nicht betroffen, da diese der "Freiheitliche Akademikerverband" (FAV) angemeldet hatte. Der Kampf richtete sich nunmehr gegen diese Organisation, wobei immer wieder die engen Verflechtungen des FAV mit allen anderen rechtsextremen Verbänden aufgezeigt wurden. Der Grazer FP-Bürgermeister Götzt, der selbst dem FAV angehört, "beugte" sich dem Druck der Öffentlichkeit, wenn auch sicherlich sehr ungern: er distanzierte sich von der "1000-Jahr-Feier". Andere Organisationen gleicher Couleur wahrten ebenfalls ihr "demokratisches" Mäntelchen und die für den 29. Mai angesetzte Kundgebung wurde vom FAV auf unbestimmte Zeit verschoben.

Nun sprang der wahre Kern der Neonazis in die Bresche. Die Partei des

sattnam bekannten Burger, die NDP, meldete nun bei der Polizei neuerlich die "1000-Jahre-deutsche-Ostmark"-Feier an. Der Differenzierungsprozeß, der unter den rechtsradikalen Vereinen erfolgt ist, zeigte nun sehr klar die wirklichen Veranstalter, die vorher aus taktischen Erwägungen andere Organisationen vorgeschoben hatten. Auf Druck des Aktionskomitees wurde die NDP-Veranstaltung verboten, wobei die Behörden erklärten, daß dieses

Verbot auch für alle eventuellen Ersatzveranstaltungen gilt.

Ist dies nun ein Sieg der demokratischen Kräfte auf allen Ebenen? Es scheint fast so. Dem Aktionskomitee ist jedoch bewußt, daß die rechtsextremen Kräfte ihre Tätigkeiten nicht einstellen werden. Sie werden sich neu formieren und die österreichische Bevölkerung in Zukunft weiterhin mit Veranstaltungen zu provozieren versuchen.

Das Aktionskomitee erklärt sich deshalb auch nicht für aufgelöst. Die Dokumentations-Arbeitsgruppe wird in Zukunft sich intensiv mit dem "geistigen" Gut der Schriften und Zeitungen aller rechtsradikalen Gruppen beschäftigen. Sie wird die schon erarbeitete Dokumentation ergänzen und erweitern. Es soll so die Voraussetzung geschaffen werden, daß in Hinkunft sofort und entschieden jeder Herausforderung des FAV und anderen Verbänden faschistischer Tendenz entgegengetreten wird.

Franz Puschnigg



U-Bahn:

Kein Licht am Ende des Tunnels

Seit dem 8. Mai hat Wien eine U-Bahn. Wer es noch nicht bemerkt haben sollte: sie ersetzt die Stadtbahn auf der 3 km langen Strecke zwischen den Stationen Friedensbrücke und Heiligenstadt und bewältigt diese Strecke in 3 statt bisher 5 Minuten. Für die Fahrgäste bedeutet sie jedoch ein zusätzliches Umsteigen - womit der Zeitgewinn wieder verloren geht.

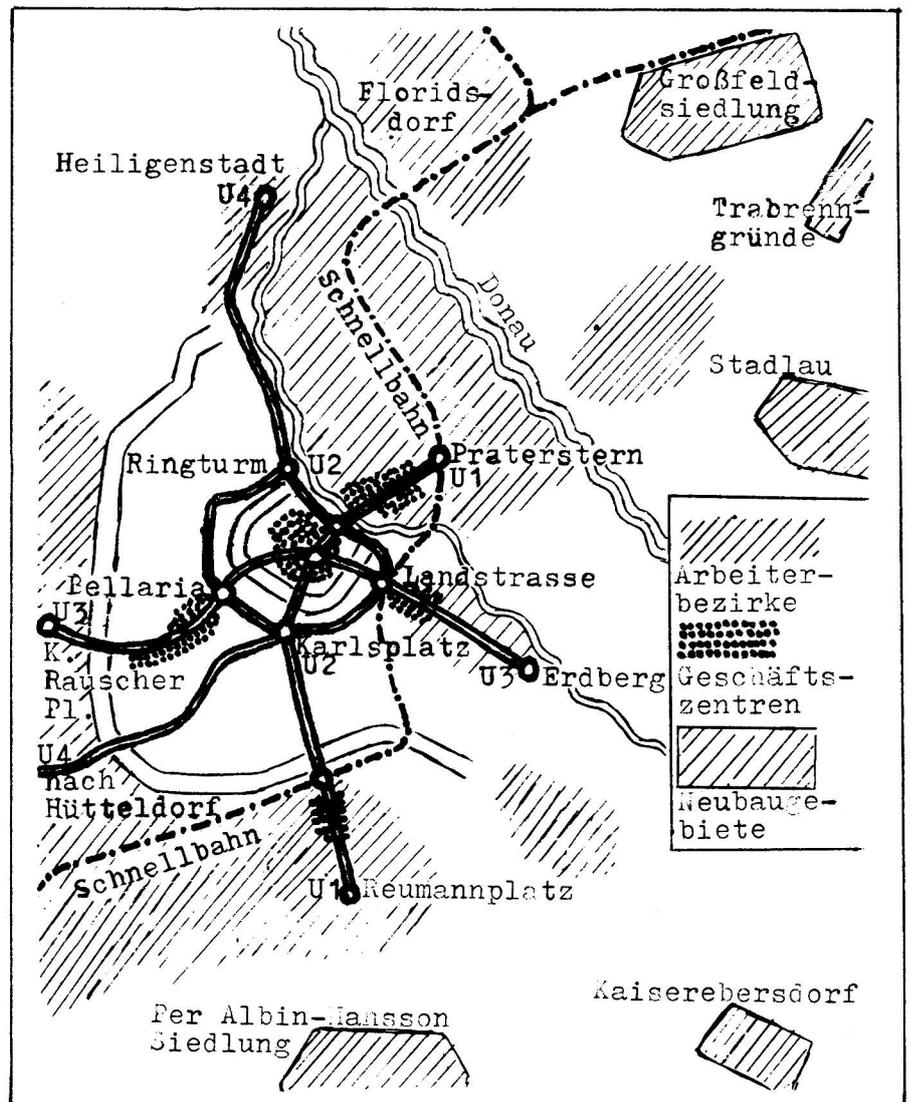
Als Wiens U-Bahnbau 1968 beschlossen wurde, kam er um -zig Jahre zu spät. Die ÖVP hatte, Großaufträge für die Wiener Wirtschaft witternd, ihn schon in den 50er Jahren gefordert; die SPÖ, deren kommunalpolitische Tätigkeit sich nach 1945 (ganz im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit) darauf beschränkte, die Stadtstruktur nach den Kriegsschäden wieder instanzzusetzen und weiterreichende Planung zu vermeiden, glaubte mit dem vorhandenen Strassenbahnnetz, um einige unterirdische Linien erweitert (Ustraba), das Auslangen zu finden. Als aber die Motorisierungswelle sich nicht an die prognostizierten Grenzen hielt und diese sprengte, wurde der Bau eines U-Bahn-Grundnetzes beschlossen, das aus den Linien U1 (Reumannplatz - Praterstern), U2 (Ringturm - Karlsplatz, die umgebaute 2er-Linie), U3 (Kardinal-Rauscher-Platz - Erdberg) und U4 (Heiligenstadt - Hütteldorf, die umgebaute Stadtbahn) bestehen sollte. Dieses Grundnetz führte, wenn man von der umgebauten Stadtbahnlinie absieht, nicht in die städtischen Randgebiete und hat somit für die Bewohner der neuerichteten Stadtrandansiedlungen eine Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse zur Folge: Konnte ein Bewohner der Per-Albin-Hansson-Siedlung bisher mit einer Strassenbahnlinie (167) nach dem Zentrum fahren, so wird er nach Fertigstellung der U-Bahn am Reumannplatz von der Strassenbahn in die U-Bahn umsteigen müssen.

Wenn man von den privilegierten Angestellten- und Beamtengruppen absieht, deren Arbeitsplatz sich im 1. Bezirk befindet, so werden die Verkehrsverbindungen zwischen Arbeitsstätten und Wohnbezirken der Arbeiterschaft durch dieses U-Bahn-Grundnetz nicht verbessert werden. Nur ein geringer Teil der 440.000 Wiener, die täglich in andere Bezirke zur Arbeit pendeln, werden die U-Bahn benutzen können. Viele von

ihnen werden weiterhin die immer teurer werdende Erhaltung eines Autos in Kauf nehmen und sich Tag für Tag die Nerven durch das Kolonnenfahren ruinieren lassen, denn mit dem Auto ist man z. B. von Stadlau kommend in 15 Minuten in Simmering, während man mit öffentlichen Verkehrsmitteln über eine Stunde braucht. Die U-Bahn stellt aber eine gute Verbindung aus Arbeiterbezirken (2., 3., 10., 14.) zu den Geschäftszentren (Innere Stadt, Landstrasse, Mariahilferstrasse) dar. Womit einiges über die Planungsrichtlinien ausgesagt ist...

"Typisch wienerisch" sind die kleinen Planungsfehler: daß etwa die U4 nicht

den Franz-Josefs-Bahnhof anfährt, sondern die 200 Meter entfernte Friedensbrücke; daß die unterirdischen Strassenbahnlinien Fehlplanungen sind (die Gürtel-Ustraba verläuft 50 Meter neben der Schnellbahn) oder für den U-Bahn-Betrieb zu enge Kurven und zu kurze Haltestellenabstände haben, usw. Verglichen mit anderen Städten ähnlicher Größenordnung (Hamburg, München) kann die Wiener U-Bahn auch mit einer viel geringeren Jahresbauleistung aufwarten. Das erweiterte Wiener U-Bahn-Netz wird somit schon im Jahre 2030 fertiggestellt sein... Bis dahin wird man also weiterhin hauptsächlich mit der Strassenbahn oder mit dem Autobus unterwegs sein müssen - wenn es bis dahin noch Strassenbahnen gibt. Denn nicht nur, daß nach dem Umbau der 2er-Linie auf U-Bahn-Betrieb die Ringlinien einfach eingestellt werden sollen,



konnten die Wiener Stadtväter in der 50er Jahren gar nicht oft genug die Überholtheit der Strassenbahn betonen. Anstatt durch die Errichtung von eigenen Gleiskörpern und Fahrspuren die Geschwindigkeit der Strassenbahn zu erhöhen, wurden an die 20 Strassenbahnlinien auf Autobusse umgestellt, die auch nicht schneller durch die verstopften Strassen kamen, sondern die Luft nur noch mehr verpesteten. Die Stadt querende Linien wurden am Ring "gekappt", was ein mehrmaliges Umsteigen und Warten erforderlich macht (statt der durchgehenden Linie C muß man jetzt mit dem 44er, den Ringlinien und nach einem Fußmarsch über die Schwedenbrücke mit dem 26er vorlieb nehmen...), Die Intervalle der Strassenbahn- und Autobuslinien lassen einiges zu wünschen übrig, die neuen Großraumwägen können mehr Fahrgäste fassen und fahren daher in größeren Abständen - wodurch aber immer weniger Menschen die Wartezeiten auf sich nehmen wollen. Denselben Effekt haben auch die 15-Minuten-Intervalle der Strassenbahnen nach 20 Uhr. Die letzten Busse in Stadtrandgebiete gehen oft schon um halb Neun, wodurch das eigene Auto zur Notwendigkeit wird.

Das bisher attraktivste öffentliche Verkehrsmittel in Wien, die Schnellbahn, ist seit ihrer Eröffnung 1962 nicht mehr erweitert worden, was die Streckenlänge betrifft. Rund 40 % der Wien-Pendler benutzen die Eisenbahn, und sie werden noch lange unter dem Fehlen eines erweiterten Schnellbahnnetzes leiden müssen, was für sie ein mehrfaches Lösen von Fahrscheinen, lange Wartezeiten und oftmaliges Umsteigen erforderlich macht, da weder Fahrpläne noch Tarifgestaltung koordiniert sind. Daß in den nächsten Jahren eine Schnellbahn zum Flughafen gebaut wird, wird auch nur wenige erfreuen.

Kommunalpolitik im Kapitalismus ist eben Flickwerk. Die Interessen der Autoindustrie, der Handelsketten usw. haben Vorrang. Zur Behebung der kommunalen Finanzkrise muß aber die arbeitende Bevölkerung in die Tasche greifen: eine Erhöhung des Strassenbahntarifes auf 10 S ist geplant, verbessert werden die Verkehrsverhältnisse dadurch aber sicher nicht.

P. L.



Der Huber war's . . .

Unter dem Motto "realitätsbezogene Werbung" hat der sattsam bekannte Bezirkskaiser von Margareten eine neue Werbefirma engagiert, die unentgeltlich seine etwas trockenen Werbesprüche beklebte. Ein dazu verbreiteter Brief sollte die von vielen Margaretnern erwünschte Information über die Hintergründe seines Treibens liefern.



Liebe Margaretnerinnen und Margaretner

Wie Sie vielleicht schon wissen, habe ich vor, zwischen Schönbrunnerstraße und Margaretenstraße, nämlich in der Grohgasse, ein Einkaufszentrum zu errichten. Es ist mir gelungen, fast die gesamte Grohgasse aufzukaufen. Die Bewohner sind größtenteils delogiert, die Häuser können bei Bedarf abgerissen werden. Ein Dorn im Auge sind mir aber noch die Leute im Haus Margaretenstraße 88:

Anfangs sah es überhaupt so aus, als hätte ich gar nicht das Recht, die Leute rauszuwerfen. In erster Instanz habe ich den Prozeß gegen die Mieter verloren. Aber als Hausherr hat man ja Gott sei Dank einige Tricks aus Lager, um ein Haus abbruchreif zu machen. Man braucht zum Beispiel mehrere Jahre lang keine Reparaturarbeiten durchzuführen und ein paar fehlende Dachziegel helfen da ganz gut nach. Man kann auch die Gasrohre überprüfen lassen und dabei ein bißchen zuviel Druck durch die Leitungen schicken, damit sie wirklich undicht werden. Letzteres ist mir aber in der Margaretenstraße 88 nicht gelungen, denn die Bewohner haben dafür gesorgt, daß während der Überprüfung der Rohre ein Mann vom Gaswerk dem Installateur auf die Finger geschaut hat.

Es ist mir aber dennoch gelungen, das Haus für "wirtschaftlich abbruchreif" erklären zu lassen und den Prozeß gegen die Mieter beim obersten Gerichtshof zu gewinnen. Die Sanierung hätte laut Gutachten 2,5 Millionen Schilling gekostet. Für diesen Betrag hätte ich keinen Kredit bekommen. Zum Glück ist den Herrn des obersten Gerichtshofes gar nicht aufgefallen, daß das Haus um 600.000,- Schilling zwangssaniert wurde und jetzt ganz gut da steht. Obwohl ich jetzt das Recht habe, die Leute rauszuschmeißen, heißt das noch lange nicht, daß das Haus jetzt abgerissen werden muß. Ich kann ohne weiteres neue Mieter anstelle der alten aufnehmen, die mir wesentlich mehr Zins zahlen.

Leider wohnen in der Margaretenstraße 88 immer noch die alten Mieter und ich habe das Gefühl, daß die mir noch mehr Schwierigkeiten machen werden. Es wäre mit auch gar nicht recht, wenn Sie sich, liebe Margaretner, um die ganze Geschichte zu sehr kümmern, vielleicht sogar Kontakte mit diesen Leuten aufnehmen würden. Sonst würde ich die Sache nicht in aller Ruhe zu Ende führen können. Auch für die Zukunft würde es mir und den anderen Hausbesitzern und Spekulanten hinderlich sein, anstelle der alten Häuser, durch die wir ja nicht viel Profit machen können, moderne Bürogebäude, Einkaufszentren und teure Wohnungen hinzubauen. In der Hoffnung, daß Sie mir viel Verständnis für meine Probleme entgegenbringen, empfiehlt sich Ihr

WERKZEUG-HUBER

... und wer fragt die Kinder?

Mit diesem Beitrag möchten wir eine Diskussion über schulische und erzieherische Probleme beginnen. Wir wollen damit versuchen auf diese, in der Linken viel zu wenig behandelten Themen Antworten zu finden. Wir brauchen daher die Unterstützung von Eltern, Schülern und Lehrern, die ihre Probleme darstellen oder Vorschläge und Kritiken zu den erscheinenden Artikeln mitteilen.

Wenn die Schule auch nicht die einzige Bildungs- und Beeinflussungsmaschine ist, so wirkt sie doch im Kindesalter ganz wesentlich auf die Gehirne und nimmt einen wesentlichen Platz in der "Aufbereitung" der Kinder für die "andere Welt", die der Erwachsenen, ein. Dieser Aufbereitungsprozeß soll allerdings ein ganz besonderer sein, ein Fernhalten der Kinder vom "Ernst des Lebens". Die Schule verschont sie von dem "belastenden" Wissen um die sozialen Zustände, um den Zeitraub der täglichen Lohnarbeit, der immer stärker den Einzelnen isolierenden und ideologisch gelenkten Form der Freizeitgestaltung, den systemimmanenten psychischen und physischen Berufskrankheiten; der Mythos von Familienglück und Besitzideologie aber drängt sich dafür in den Vordergrund. Die Institution Schule beläßt die Kinder in einem Gedankenghetto, dessen Grundstein meist schon in der Vorschulerziehung gelegt wird, indem man die Hälfte der Fragen mit "dazu bist du noch zu klein" unbeantwortet abtut und dafür das allabendliche Märchen vom "Tischlein-deck-dich" und "Dornröschen" erzählt.

Doch nur im Sachunterricht, wo es um echte Inhalte geht, läßt man das Kind noch nichts spüren vom "harten Lebenskampf". Denn in der Vermittlung von Fertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Routinedenken im Rechnen, Auswendiglernen von Vokabeln und Grammatik in den Sprachfächern beginnt sonderbarerweise doch schon in diesem Alter der "Lebenskampf". Hier heißt es: "Trimm dich fit!" Der Wettbewerb in diesen Fächern bereitet die Kinder auf den späteren Konsumwettbewerb vor. Hier fallen die Entscheidungen über die spätere soziale Rolle, hier wird selektiert. Die Schwächeren werden überholt, anstatt daß man ihnen hilft. Bemühungen, die dieser Funktionsweise der Schule in geringem Ausmaß entgegenzutreten wollen, wie Förderstunden, Abbau von Aufnahmeprüfungen, Gratisschulbücher, normierte Tests und auch durch die Ganztagschule, sind in ihren tatsächlichen Auswirkungen eher als Vortäuschmanöver für Chancengleichheit zu verstehen. Eine echte Reform der Schule (durch Einführung der Gesamtschule) wäre wohl sehr erstrebenswert, doch soll man nicht vergessen, daß die Wurzeln der Benachteiligung viel tiefer liegen und nur durch gesellschaftliche Veränderungen ausgerissen werden können.

Eine Verlängerung des Schulaufenthaltes, wie in den Ganztagschulversuchen (derzeit ca. 1 Prozent) bedeutet zwar für manche Unterschichtkinder durch Maßnahmen zur "besseren Integrierung" (das ist für sie ihrem Milieu entfremdetes Rollenverhalten) bessere Lernerfolge und somit eine sehr geringe Chance auf eine zahlenmäßige Umstrukturierung der Schichtzugehörigkeit in der pyramidenförmig gegliederten Hierarchie der Schule (die nach wie vor aufrechterhalten bleibt). Doch die von der Schulinstitution vermittelten Wert-

vorstellungen könnten in verstärktem Ausmaß Fuß fassen.

Der Besuch der Schule am Nachmittag mag für leistungsorientierte Mittel- und Oberschichtkinder, deren Wertvorstellung mit den in der Schule verbreiteten übereinstimmen, animierend sein, doch ganz bestimmt nicht für den zahlenmäßig weitaus größeren Anteil der anderen. Diese würden den Aufbewahrungs- und Zwangscharakter noch viel mehr auf sich lasten fühlen, als dies vorher schon der Fall war. Kämpft der Erwachsene um Kürzung der Arbeitszeit und ist sein Ziel eine längere und nicht verwaltete Freizeit, so sollte es ein gutes Recht der Kinder sein, ebensolches zu fordern. Doch wie illusorisch ist nur der Gedanke an eine durch alle Klassen gehende, von den Schülern gehaltene Diskussion über eine Verlängerung ihres Schulaufenthaltes in nächster Zeit! (Meine Gedanken machen kurzen Erholungsurlaub in den Ansätzen von Freien Schulen, in der Kinderrepublik etc.) Wenn unsere in völliger Unmündigkeit gehaltenen Kinder nicht darüber entscheiden können, wo, mit wem und wie sie die Hälfte ihrer Zeit verbringen wollen, so sollten sich wenigstens ihre "ach so gut meinenden" Erwachsenen darüber den Kopf zerbrechen, ob die sich zu zwanglosen Spielen zusammenfindenden "Straßenkinder" ihren Nachmittag nicht für ihr psychisches Befinden sinnvoller gestalten und ein Gemeinschaftsgefühl nicht eher lernen können, als bei "Mensch-ärgere-dich-nicht" und "fröhlichem Singen" in sterilen Schulräumen am Nachmittag. Denn mehr an ursprünglichen Bedürfnissen orientierte, bzw. bessere Lehrarbeit ist auch bei Verlängerung des Unterrichtes in die späten Nachmittagsstunden hinein kaum zu erwarten, solange nicht endlich die Lehrinhalte entrümpelt werden. Und sollte tatsächlich, wie es die SP vor mehreren Wochen vorschlug, darangegangen werden, so bliebe dann auch bei gleichbleibendem oder verkürztem Stundenausmaß Zeit genug, nicht klassengebundene und realitätsnähere Lehr- und Lernarbeit zu leisten.



Was den Nachmittag anbelangt, so ergeben – sieht man vom engen Begriff Bildung, der nur Schulbildung meint, ab – Kinder- und Jugendzentren, besser ausgebaute und zahlreichere Spielplätze (die sind so schon vollkommen entleert, da Kinder in jeglichem Alter in verschiedenen institutionellen Einrichtungen den Tag über, ja zum Teil auch die Nacht über, verteilt sind), dezentralisierte Lernkollektive (Möglichkeiten eines solchen Projekts sollten in der föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS einmal diskutiert werden) bestimmt bessere Bildungs- und zugleich Kommunikationsmöglichkeiten.

Sicher sieht man darin, alle Kinder ganztags unter den "Fittichen" der Schule zu wissen, für die moderne Frau eine "Befreiung" von der materiellen Abhängigkeit vom Mann, aber zugleich auch eine Einkerkering und stärkere Absonderung der Kinder von der Realität. So wäre die Aufteilung der Menschen zwecks besserer Nutzbarkeit in: Kinder – arbeitende Menschen – Ruheständler schon fast perfekt. Selbstverwaltete Jugendzentren mit Bibliotheken, Druckereien, Labors, Tobe-, Werk- und Ruheräumen, Musikinstrumenten etc. . . ausgestattet, denen allgemeine Zentren für im Bezirk Wohnende angeschlossen sind, sowohl für Ruheständler als auch für Arbeitende in der Freizeit gedacht – könnten den Trend zu einer völlig abgeschlossenen Subkultur der Kinder etwas aufbrechen, ohne daß die notwendige Befreiung der Frau von Mann und Küchenherd Schwierigkeiten auferlegt werden.

Von all dem abgesehen, ist das Problem Ganztagschule so nur als ein aufgepflanztes, aufgebauschtes Diskussionsgebäude der Großparteien zu sehen (wobei die SPÖ sicher noch, im Vergleich zum Konzept der ÖVP mit ihren Tagesheimschulen, das pädagogisch wertvollere vertritt) das die eigentliche Misere unseres Schulsystems (bzw. die Einführung der Gesamtschule halbtags!) vergessen lassen soll.

Elfi Weiß

Nachlese zum 1. Mai



Im Zug der föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS, Gewerkschaftliche Einheit und anderen Linksguppen demonstrierten am 1. Mai in Wien ca. 700 Genossen unter den Hauptlosungen "GEGEN DIE ANGRIFFE DER UNTERNEHMER", "GEGEN JEDE MINDERHEITENFESTSTELLUNG", für internationale Solidarität und sozialistische Alternativen.



HEINZ KOLISCH
LIEBIGASSE 9
43 21 21
1010 WIEN

BOOK POWER



Der Tanz der Technokraten

Gleich zweimal war Wien in den letzten Wochen dazu auserkoren, sich als Zentrum einer Wissenschaft, oder fast schon einer Weltanschauung, zu profilieren, die augenblicklich beim wissenschaftlich-technokratischen Jet-Set in Ost und West sehr "in" ist: Trafen sich vom 20. bis zum 23. April Systemanalytiker und Kybernetiker auf dem 3. Europäischen Kongreß für Kybernetik und Systemforschung noch auf der Universität, in bescheidener akademischer Atmosphäre, zu eher theoretischen Erörterungen, so war die Konferenz des Internationalen Institutes für Angewandte Systemanalyse (IIASA) vom 10. bis zum 13. Mai im Kongreßzentrum der Hofburg nicht zuletzt ein glänzendes gesellschaftliches Ereignis. So ließ es sich die IIASA, mit einem Jahresbudget von über 80 Millionen Schilling keine der ärmeren Organisationen, nicht nehmen, den Konferenzteilnehmern jeden Tag Gelegenheit zu geben, sich zwischen den anstrengenden Vorträgen und Diskussionen etwa über die katastrophale globale Ernährungssituation und die Armut der Welt im prunkvollen Zeremoniensaal bei einem Gläschen Wein mit einem exquisiten Mittagessen vollzupampfen, ganz zu schweigen von Sängerknaben, Heurigem und sonstigen Attraktionen.

Dieser für kritische Menschen schon etwas ungestüme äußere Eindruck soll jedoch nicht davon abhalten, sich auch mit dem Inhalt der mehr oder weniger pompösen Veranstaltungen auseinanderzusetzen.

Analyse – mit welchem System?

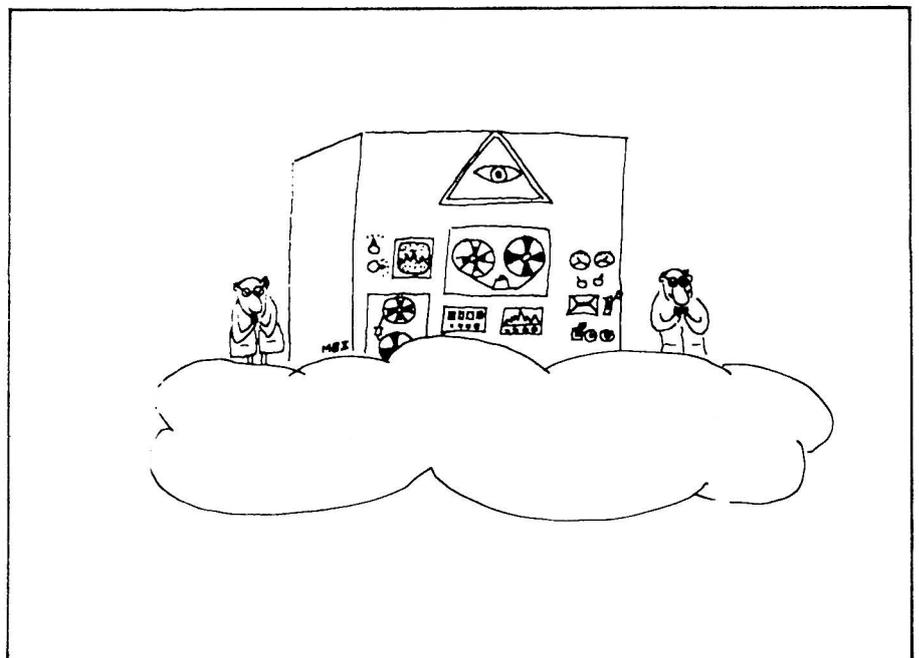
Zweifellos – und ein beträchtlicher Teil der Veranstaltung im April ging in diese Richtung – hat die Systemanalyse als Werkzeug für Detailprobleme der Naturwissenschaft und Technologie, und zum Teil vielleicht auch der Sozialwissenschaft, ihren Platz und wäre, von dieser Seite her gesehen, von keiner herausragenden politischen Bedeutung. Aber das, als

was sie heute präsentiert wird und was ihr besondere Publicity schenkt, geht darüber weit hinaus und ist von viel größerer Problematik. Als Perversion der Wahrheit, daß die Menschen ihre eigene Geschichte machen und grundsätzlich fähig sind, das als handelnde Subjekte auch bewußt zu tun, präsentieren die Übermenschen der Computerelite ihre globalen mathematischen Modelle, die ihnen gestatten, alle Bereiche von der Energiewirtschaft bis zum Städtebau zu erfassen und langfristig zu planen. Die Geschichte sollen also die Angehörigen dieses Brain-Trusts machen, deren Augen man es nicht immer ansieht, ob sie aus naiver Begeisterung oder zynischem Hohn glänzen. In der Tat – es steckt sicher eine gute Portion von beidem darin, gigantische Weltmodelle unter Vernachlässigung der einfachsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bestimmungsgrößen zusammenzubasteln – von Klassenunterschieden, Profit, Spannungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung, verschiedener Größe und verschiedenem Entwicklungsstand ist da nicht viel zu finden –, oder etwa das Welt Ernährungsproblem fast ausschließlich auf die Frage zu reduzieren, ob die unterentwickelten Staaten mehr oder weniger Hilfe erhalten sollen – daß es so etwas wie eine Ausbeutung armer

Länder gibt, ist sogar schon bis zum Papst, aber scheinbar noch nicht zu den Systemforschern durchgedrungen. Daß sie tatsächlich letzten Endes weitgehend nur die Hofnarren des Kapitals und der östlichen und westlichen Staatsbürokratien sind, die eine imposante Verschleierung von Profit- und Machtpolitik liefern sollen, ist den meisten wohl nicht bewußt.

Die hohen Herren

Im übrigen kann man all diesen Experten kaum vorwerfen, durch ihr Konzept technokratischer Planung insgeheim undemokratisch zu sein – sie bekennen sich zu einem guten Teil ganz offen zu dem Prinzip einer Herrschaft der Weisesten und lassen klar durchblicken, was sie darunter verstehen. In diesem Zusammenhang kann nicht verwundern, daß wohl viele Klagen darüber laut werden, daß der Kontakt zu den "Entscheidungsträgern" der Gesellschaft noch keineswegs optimal sei und diese viel mehr auf die magischen Mittel hingewiesen werden sollten, die ihnen die Kybernetiker liefern, aber fast niemand bedauerlich findet, daß die Isolation von der werktätigen Bevölkerung und deren Interessen eine vollständige ist.



Wirklich eindrucksvoll ist an dem Ganzen letztlich nur, was für ungeheure Mengen von bedrucktem Papier und hallenden Worten von sich selbst so begeisterte Organisationen wie das IIASA von sich zu geben imstande sind. Die absolute Notwendigkeit der eigenen Existenz wird damit unterstrichen.

Wozu das Ganze?

Zu diesem Punkt wird oft folgendes geltend gemacht: Das IIASA als ein Institut, das hauptsächlich von den USA und der SU zu gleichen Teilen finanziert und auch dominiert wird, spielt eine gewisse, wenn auch bescheidene Rolle bei der Verminderung globaler Spannungen und damit bei der Verhinderung eines dritten Weltkrieges, die schließlich überhaupt erst die Vorbedingung für jede Art von politischer Entwicklung in Ost und West ist. Aber natürlich bringt diese Art der Friedenssicherung, nämlich durch Absprache der Spitzen der Großmächte, flankiert von Kontakten der Wissenschaftler und Technologen, einen Frieden, so wie diese ihn sich vorstellen; gleichzeitig vermag man kaum mit Sicherheit abzuschätzen, wieweit Kriegsgefahr ideologisch hochgespielt und nur zur Durchsetzung bestimmter Ziele mißbraucht wird.

Ob man nun dem Tanz der Technokraten aus Ost und West aus realistischer Sicht auch eine gewisse positive Rolle zugesteht oder nicht – die Fiktion einer idealen technischen Planbarkeit aller Lebensbereiche muß als im Wesen undemokratisch und darüber hinaus reale Machtstrukturen verschleiern erkannt werden. Erst dann kann auch die allgemeine Systemanalyse, im richtigen Zusammenhang gesehen und auf den richtigen Platz gestellt, als ein weiteres Mittel der Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen in einer demokratischen Gesellschaft eingesetzt werden. Ein großartiges Experiment in dieser Richtung – die Unterstützung der Wirtschaftsplannung durch ein kybernetisches Modell im Chile der Volksfrontregierung – wurde leider 1973 durch wohlbekannte Umstände unterbrochen.

H. H.



Interview mit Alice Schwarzer (2. Teil)

Der Feminismus und die Linke

OL: Du sagst ganz richtig, daß es Zeitverschwendung ist, sich mit einem Typen, der nur Phrasen drischt, auseinanderzusetzen; du bringst diese Zeit viel lieber mit einer Frau, weil dabei etwas konkret rauskommt. Besteht die "Männerwelt" aus solchen Typen oder gibt es nicht viel mehr Menschen, unabhängig vom Geschlecht, die aus unterprivilegierter Schicht stammen, die sich nicht ausdrücken können, bei denen es sich einfach lohnt, sich mit ihnen auseinanderzusetzen? Schaut bei demselben Mann aus derselben Schicht mit derselben Ausdrucksunfähigkeit nicht genauso "etwas raus"?

AS: Meine Arbeit, meine Bücher haben mich selbst sehr radikalisiert. Meine eigenen Hypothesen sind immer wieder enttroffen worden von der Misere, von der totalen Verelendung der Beziehung zwischen den Geschlechtern. D.h. Parolen wie "Mann und Frau gemeinsam" und so sind ja recht schön und gut, aber wir dürfen über unsere Wünsche die Realität nicht vergessen. Wünschenswert wäre natürlich, daß wir miteinander könnten, aber das sind Zielvorstellungen. Heute ist es so, daß Mann-Frau-Beziehungen Machtbeziehungen sind und selbst da, wo Frauen und auch Männer, was noch die Ausnahme ist, sich subjektiv darum bemühen, das zu ändern, bleibt es objektiv so. D.h. wirkliche Kommunikation zwischen Frauen und Männern ist eine Sache, um die beide Teile hart ringen müssen. Und daß es zwischen Frauen und Männern eine echte Interessenskollision gibt, d.h. beim Emanzipationsprozeß der Frauen haben Männer auch da, wo sie sensibilisiert sind, auch da, wo die Männer unter ihrer Männerrolle leiden, auch da, wo sie selbst eigentlich gar nicht mehr weiter wollen, immer noch was zu verlieren und Frauen was zu gewinnen. Mir sind heute die Männer, die so Superfeministen sind, sehr suspekt, weil es kann eigentlich nicht sein, dazu ist das alles zu schmerzhaft und zu schwierig. Ich

erwarte von einem Mann, mit dem ich mich noch auseinandersetze, mit dem ich rede und diskutiere, daß er die Versuche von Frauen, sich zu emanzipieren, akzeptiert, aber er soll mir nicht erzählen, daß alles für ihn so glatt geht; es wäre das erstmal in der Geschichte, daß Privilegierte ihre Privilegien freiwillig aufgeben! Wir dürfen uns nichts vormachen, so etwas will hart errungen sein und von daher...

OL: Meinst Du, daß alle Männer privilegiert sind?

AS: In Relation zu Frauen ja! Das ist sehr komplex. Natürlich geht es möglicherweise der Frau Henkel besser als einem Gastarbeiter. Aber ein Beispiel: Ich kann eine gute Journalistin sein, die einfühlsam und kritisch über das Gastarbeiterproblem schreibt, aber wenn ich recherchiere, bin ich für die der letzte Dreck. Dann bin ich nämlich nur eine Frau, die da nachfragt, der man auf den Hintern klopfen usw. als Sexualobjekt. Es ist so! Unter dem unterprivilegiertesten Mann steht immer noch eine Frau. Und die Frau aus der Schicht drüber steht nicht unbedingt über jenem unterprivilegierten Mann, das ist eben sehr komplex. Es gibt Bereiche, da ist sie ihm überlegen, und andere, in denen sie ihm unterlegen ist.

OL: Hast Du schon versucht, bei blöden Annäherungsversuchen von Männern, ihnen auf den Schwanz zu greifen?

AS: Nein, das würde ich nie tun! Es scheint mir, die Dinge sind nicht einfach umdrehbar. Einen Mann, dem ich zwischen die Beine greife – da riskiere ich, daß er sich auch noch darüber freut, wahrscheinlich nicht, aber... In der antiautoritären Phase etwa haben Frauen angefangen, sich auszuziehen. Gott, haben sich die Typen gefreut, daß sie uns angucken konnten! Die ganze sexuelle Liberalisierung ist so eine Sache, die zum

Bumerang geworden ist. Die Frauen standen vor dem Problem, daß sie plötzlich statt Besitz eines Mannes der Besitz vieler Männer geworden sind. Ich will damit sagen, daß wir einfach mit der Übernahme von männlichen Verhaltensweisen sehr vorsichtig sein müssen! Es gibt sehr viele männliche Verhaltensweisen, die objektive Qualitäten sind.

OL: Sind diese Verhaltensmuster der Geschlechter nicht gesellschaftlich bedingt?

AS: Ja, natürlich. Es gibt heute bestimmt männliche und weibliche Qualitäten, die es wert sein, in einem anderen Gesellschaftssystem erhalten zu bleiben. So wollte ich auch sagen, daß es männliche Qualitäten gibt, bei denen es sicherlich erstrebenswert ist, daß Frauen sie sich aneignen, wie z. B. Aktivität, Aggressivität usw.

OL: Bringst Du mit der Diskussion klitoraler contra vaginaler Orgasmus bestimmte Frauen nicht in dieselbe Außenseiterposition, in dieselben Zwänge, die heute z. B. Lesbierinnen in der Gesellschaft erfahren? Kommen Frauen, die mit einem Mann zusammen leben wollen, nicht in einer Frauenorganisation in eine Außenseiterposition, herrschen hier nicht dieselben Zwänge?

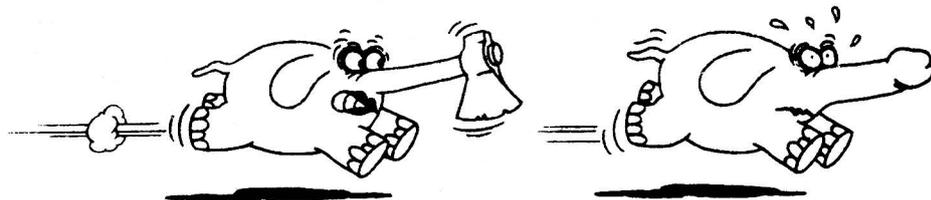
AS: Also, ich möchte so etwas auf keinen Fall. Aber wenn man so unerschütterliche Dogmen in Frage stellt, darf man sich nicht Illusionen machen, daß das sanft geht, und daß nicht das, was dagegen gestellt wird, von denen, die sich an das Dogma gefügt haben, als ungeheuerlicher Angriff und Infragestellung empfunden wird. Das muß ja so sein. In einer Welt, die von der Geschlechts-

rollenverteilung, so wie sie ist, dominiert wird, muß deren Infragestellung immer als Angriff empfunden werden. Ich selbst habe versucht, mich zu dieser Frage in dem, was ich geschrieben und gesagt habe, immer sehr unterroristisch und sehr differenziert und sehr behutsam zu äußern und habe trotzdem solche Reaktionen erfahren. Ich denke, daß sicherlich, wenn man wie ich versucht, den Mythos vom vaginalen Orgasmus zu entlarven, die Mehrheit der Frauen - deswegen auch die heftigen Reaktionen - unendlich erleichtert sein wird. Natürlich gibt es eine Minderheit, bei denen läuft es gut, und wenn man sich ansieht, wie es läuft, wird man auch die Gründe finden, warum es gut läuft. Ich habe noch nie eine sexuelle Beziehung zwischen Mann und Frau, die einigermaßen befriedigend für beide war, getroffen, in der man nicht genau auf Grund der Konstellation, in der beide waren, erklären konnte, warum es überhaupt laufen kann. So etwas fällt ja nicht vom Himmel, ist ja nicht zufällig. Natürlich läuft man Gefahr, daß sich solche Frauen jetzt angegriffen fühlen. Ich denke, wenn diese Frauen mein Buch gut lesen, dann sehen sie, daß es darum gar nicht geht, daß das eher ein Spaltungsmanöver von außen ist. So wie es ein Spaltungsmanöver ist, daß man immer zu Frauen gesagt hat: Die Frauenbewegung, die hat etwas gegen Mütter; die Frauenbewegung, die hat etwas gegen Hausfrauen. Alles Unsinn, so war das ja nie. So sagt man jetzt, daß die Frauenbewegung etwas gegen Frauen habe, die gerne Koitus vollziehen, das ist ein Blödsinn.

OL: Leider ist es aber doch so, daß manche Angehörige der Frauenbewegung diese Rolle spielen und Frauen ablehnen, die sich mit ihrer eigenen

Problematik als Frauen auseinandersetzen, aber trotzdem Beziehungen zu Männern haben wollen, und man diese Frauen jetzt angreift.

AS: Das sagt man, aber ich sehe das nicht ganz so. Es hat etwa in der deutschen Bewegung die Frage der Sexualität am Anfang überhaupt keine Rolle gespielt, und die Frage der Homosexualität auch nicht. Es hat allerdings - wie in allen Bewegungen - schon am Anfang sehr viele Lesbierinnen gegeben. Wenn ich Lesbierinnen sage, so meine ich Frauen auch mit einer homosexuellen Vergangenheit, Frauen, die sich vor allem über Frauen definiert haben. Aber die haben die Abtreibungskampagne sehr schön mitgemacht, und alle anderen Sachen. Und es hat eine Zeitlang gedauert, bis die Problematik auf den Tisch kam. Die Heftigkeit kam dann sicherlich nicht zuletzt daher, daß auch in der Frauenbewegung homosexuelle Frauen unterdrückt wurden. Natürlich wie überall. Heute gibt es eine sehr heftige Kontroverse und ganz unzweifelhaft auch einen Gegenterror, der mir selbstverständlich erscheint. Es kann gar nicht anders sein. Du kommst nicht, wenn Du Jahre unterdrückt, terrorisiert, zum Schweigen verurteilt und erniedrigt worden bist, in aller Gelassenheit und locker heraus und sagst, da wollen wir nun einmal gleichberechtigt werden. Da hast Du etwas abzurechnen, hast Du Dich gegen etwas zu wehren. Selbst da, wo heute Frauen innerhalb der Frauenbewegung feststellen, daß es legitim oder sogar wünschenswert ist, auch Frauenbeziehungen zu haben - selbst da sehen sich die Frauen weiter konfrontiert mit einer total heterosexuellen Welt. Frauenbeziehungen haben heißt ja, daß Du wirklich zusammen spazieren gehst oder in ein Lokal oder auf eine Party usw. Alle Dinge, die für Frau und Mann



selbstverständlich sind, werden voll durchgezogen. Sieht ein älteres Ehepaar ein junges Liebespaar, so sagen sie, schau wie nett die beiden sind usw. Das heißt, der Terror ist also weiter da, und Gelassenheit kannst Du in solchen Kämpfen wirklich nicht bewahren. Stell Dir vor, es schlägt ein Arbeiter die Hütte zusammen; dann wirst Du sagen, das ist ja richtig, der macht Klassenkampf, und Du wirst nicht sagen, schau Dir mal den Herrn Flick an, der leidet auch sehr darunter, daß er Kapitalist ist; in solchen Fällen ist es klar, daß man nicht Gelassenheit bewahren kann. Ich überspitze, damit Ihr begreift, daß Ihr in solchen Kämpfen nicht Gelassenheit erwarten könnt, und das finde ich auch sehr richtig. Wir müssen lernen, mit der Situation umzugehen, Abschließend möchte ich sagen, daß es sicher als Reaktion einen Gegenterror gibt, aber es ist nicht so, als würde die Ideologie von der ausschließlichen Homosexualität die Bewegung beherrschen. Die Frauenbewegung ist ja schon lesbisch genannt worden, da hat sie selbst noch gar nicht gewußt, daß sie lesbisch ist. Was den Erfolg angeht, den haben wir trotzdem!

OL: Reduzierst Du mit der Betonung einer derartigen Fragestellung (Orgasmustheorie) nicht jede zwischenmenschliche Beziehung auf das Bett?

AS: Nein, überhaupt nicht; ich habe dazu ein ganzes Buch geschrieben, das nicht nur den vaginalen Orgasmus behandelt. Ich habe ein Buch über die Rolle der Sexualität bei der Unterdrückung der Frau in der privaten Mann-Frau-Beziehung geschrieben. Daß es da nicht nur um das Bett geht, davon handeln die 200 Seiten dieses Buches. Sexualität im engeren Sinne ist ja heute eine unheimlich sekundäre Angelegenheit, das spielt ja gar nicht die große Rolle. Das ist heute der große Vorwand. Weswegen leben denn Menschen zusammen, doch nicht weil sie miteinander schlafen, sondern weil sie Sicherheit brauchen, weil sie einen Menschen brauchen, weil sie soziale Bestätigung brauchen usw. Es geht eben darum, zu sagen, daß diese Reduzierung aufs Bett oder das,

was angeblich Sexualität impliziert, herausgeholt wird, und daß man zeigt, was dahinter alles versteckt ist - nämlich das genaue Gegenteil.

OL: Denkt man die Inhalte der Orgasmustheorie konsequent zu Ende - bleibt da nicht nur noch die Onanie für die Männer als sozialistische Alternative?

AS: Grundsätzlich wende ich mich an Frauen, nicht an Männer; ich finde, das ist legitim. Jede Emanzipationsarbeit, mit der man sich an Frauen richtet, richtet sich indirekt auch an Männer. Sei es durch das Resultat, dadurch, daß Männer mit Frauen konfrontiert werden, die anfangen, Fragen zu stellen, oder dadurch, daß sie selbst sensibilisiert werden, weil sie sich damit beschäftigen. Meist geht die Sensibilisierung aber über die Frau oder Freundin. Das Interesse der Männer sehe ich an den Reaktionen auf mein Buch; ein Drittel der Briefe, die ich heute bekomme, sind von Männern, das ist sehr viel, das war früher nicht so. Eine Hälfte davon ist so besserwisserisch, überheblich und belehrend, wie Männer eben oft so sind. Und die andere Hälfte ist eigentlich sehr betroffen. Da sehe ich sehr gut, daß Männer auch eine Menge damit anfangen können. Ich denke dabei an einen jungen Mann, der mir geschrieben hat: "Ich bin unheimlich erleichtert, daß ich dieses Buch gelesen habe, denn ich finde, Du brichst eine Lanze für die schüchternen Männer, und das macht mich froh, denn ich war noch nie ein Django-Typ". Die Relativierung der Geschlechterrollen heißt ja auch Relativierung des Männerwahnes, des Zwanges zur Männlichkeit, zur Potenz und allen diesen Sachen. Ein anderer Mann, ein erwachsener Mann so über fünfzig, hat mir geschrieben, daß er durch das Buch nachträglich das Scheitern seiner Ehe begriffen habe, und woran sie gescheitert sei. Was ich Männern sagen würde, wenn ich ihnen partout etwas sagen soll, ist folgendes: Ich würde mir wünschen, daß sie lernen, sehr Selbstverständliches in Frage zu stellen, auch in der Sexualität, und daß sie lernen, einmal hinzuhören, und daß sie sehr mißtrauisch mit sich selbst werden. Denn den Patriarchen hat jeder in sich, da kann ein Mann gar nicht mißtrauisch genug gegen sich selbst sein, man rutscht

so leicht in die Rolle, auf die man hingedrillt worden ist und die auch täglich repetiert wird. Und was die Sexualität im engeren Sinne betrifft, so ist natürlich klar, daß ich mir wünschen würde, daß Sexualität weniger genital fixiert ist und auch weniger "bumms"-fixiert, denn "bummsen", das sagt schon alles aus, ich benütze diesen Ausdruck normalerweise nicht, das ist so ein entlarvender Begriff. Der Koitus, der muß eben nicht sein, es geht auch anders, und das ist auch dann nicht Ersatzsexualität. Aber das habe ich ja auch alles geschrieben.



Schluß folgt im nächsten Heft. ★

**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 / 98 / 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 34 302



Proletarische Kulturfront?

Ein Interview

OL.: Könntet ihr kurz die Entwicklung eurer Gruppe schildern und wie ihr begonnen habt, politische Lieder zu singen?

SCHM.: Wir haben begonnen als Hobbygruppe zu spielen und dann als Profis gearbeitet, wo wir auch die gleiche Musik gemacht haben, nämlich internationale Volksmusik, Rock-Folk etc., was eben jungen Menschen so gefällt. Daneben waren wir aber auch politisch sehr interessiert, was natürlich Konsequenzen für unser eigenes Schaffen gehabt hat. Die eigentlich politische Entwicklung der Gruppe hat erst damit begonnen als wir ausschließlich deutsche Texte verarbeitet haben. Im Herbst 1973 hielten wir unser erstes Konzert mit ausschließlich deutschen Liedern ab. Das war sozusagen ein neuer Beginn, wo wir gesehen haben, daß wir an die Dinge richtig herangehen müssen. Wir haben die Funktion von Musik in der jetzigen Gesellschaft untersucht, denn wenn wir schon deutsche Lieder singen, dann müssen wir auch Relevantes und Richtiges aussagen.

Eine wesentliche Rolle in dieser Entwicklung spielte auch der Dichter Heinz Unger, dessen Texte sehr geeignet waren, um vertont zu werden.

OL.: Hat sich euer Publikum geändert, seit ihr politische Lieder macht?

SCHM.: Das war zu einer Zeit, wo wir in den Medien bereits sehr stark vertreten waren – unser Name bekannt

war. Dies war ein taktischer Schachzug, nicht, daß wir das geplant hätten, sondern, daß wir dieses Faktum bewußt einsetzten. Wären wir von vorherein als politische Gruppe aufgetreten, hätten wir keine Chance gehabt. Dieser Umstieg ohne das Absinken in die Unbekanntheit war nur dadurch möglich, daß wir uns zuerst durch unpolitische Musik einen Namen gemacht haben und das dann ausgenützt haben.

OL.: Hat es innerhalb der Gruppenmitglieder Übereinstimmung bezüglich der Inhalte gegeben, die ihr gespielt habt?

SCHM.: Die politische Entwicklung der einzelnen, ehemals unpolitischen Mitglieder der Gruppe hat sich an Hand unserer Texte vollzogen. Wir haben zuerst Texte von Heinz Unger über Chile vertont und das hat sich dann weiterentwickelt. Es ist

nämlich eine ganz andere Beschäftigung mit Politik, wenn man auf der Bühne steht und vor tausend Leuten eine ganz bestimmte Meinung vertreten muß. Außerdem sind des öfteren nach dem Konzert Leute zu uns gekommen, die mit uns diskutieren wollten. Das hat eine intensivere politische Beschäftigung hervorgerufen, die schließlich in der "Proletenpassion" gegipfelt hat. Wir haben vorher sehr intensiv Schulungen betrieben, verschiedene Texte (z. B. das "Manifest") durchgearbeitet und Referate gehalten.

OL.: Wie stark war dabei der Einfluß Heinz Ungers?

SCHM.: Wir haben die Inhalte unserer Lieder immer gemeinsam festgelegt. In der ersten Phase haben wir seine ganzen Bestände durchgeforstet, sehr wohl aber eine Auslese getroffen, was uns gut und richtig erschienen ist.

Wir sind nie von dem bürgerlichen Kunstbegriff ausgegangen, nämlich nur das zu machen, was uns in der Meditation so einfällt, sondern wir haben immer konkret und bewußt gearbeitet und das Talent von Heinz und unser handwerkliches Können eingesetzt, um bestimmte Themen zu bewältigen. Sein Haupteinfluß war, daß er lyrisch für uns verwandbar war.

OL.: Ihr habt euch im Zuge eurer Politisierung sehr intensiv mit eurem Publikum auseinandergesetzt. Andererseits ist es für Künstler doch recht wichtig, sich mit den Repräsentanten der Medien und des Managements auseinanderzusetzen. Was waren da die größten Schwierigkeiten?

SCHM.: Um in die Medien hineinzukommen ist es sehr wichtig formale Kriterien zu erfüllen. Wenn man aber besser ist als die anderen, müssen auch die Inhalte mitgefressen werden. Wir haben bei unserer TV-Show versucht, mit wenigen Mitteln eine Brillanz zu erreichen, die es verunmöglicht, die Inhalte abzulehnen. Die Taktik ist dabei, daß, wenn

man in den Medien bekannt ist, man wesentlich besser als Autorität auf das Konzertpublikum einwirken kann, besonders auf unpolitisches.

OL.: Habt ihr Schwierigkeiten gehabt, eure letzte Platte, die sehr viele politische Lieder enthält zu produzieren?

SCHM.: Wir haben sie auf einem Label produziert, das von zwei Hamburger Typen finanziert wurde, weil wir bei einer größeren Schallplattenfirma eben nicht untergekommen sind. Es ist uns aber darum gegangen, daß die Platte innerhalb der Firma eine sehr wichtige Stellung einnimmt. Wenn wir schon eine Platte produzieren, müssen wir auch nach den Marktgesetzen agieren, sie muß vor allem eine ähnliche Promotion haben, wie nichtssagende Platten, denn sonst setzt sie sich nicht durch. Wenn niemand etwas von der Platte weiß, kann er sie auch nicht kaufen, wenn sie noch so gut ist.

OL.: Das heißt, ihr habt mit den Managern der größeren Plattenfirmen Schwierigkeiten gehabt?

SCHM.: Ja. Die Verhandlungen mit den größeren Plattenfirmen sind gescheitert. Aber nicht mit dem Argument, die Platte sei zu politisch. Es wurden immer andere Gründe vorgeschoben.

OL.: In dem Lied "Jonny reitet wieder" werden von euch der CIA und der Konzern ITT angegriffen.

SCHM.: Diesbezüglich haben wir großen Erfolg gehabt – nämlich eine Beschwerde vom ITT-Generalvertreter beim österreichischen Rundfunk, weil wir das Lied in unserer TV-Show gesungen haben.

OL.: Habt ihr bei Zusammenarbeit mit Heinz Unger, der der KPÖ nahe steht, inhaltliche Differenzen gehabt?

SCHM.: Ja, die Differenzen sind zweifellos da. Die meisten Gruppenmitglieder hatten noch keinen pointierten politischen Standpunkt, d. h., sie fühlten sich keiner politischen Gruppierung zugehörig. Es hat sich aber herausgestellt, daß wir nicht zur Linie der KPÖ hin tendieren.

OL.: Ihr habt schon öfters bei Veranstaltungen der KPÖ gespielt. Ist es richtig, daß euch von Funktionären verboten wurde, bestimmte Lieder aus eurem Repertoire zu spielen?

SCHM.: Ja, das war bei einer KJÖ-Veranstaltung, da hat einer der KPÖ-Chefs zum zweitenmal (das erste Mal wars beim Volksstimmefest) das Ansinnen an uns gestellt, wir sollten das Biermannlied "Die Erde wird rot" nicht spielen. Wir haben erstens das Lied gespielt und zweitens den Leuten erzählt, daß dieses Ansuchen an uns gestellt wurde. Uns erschien dieses Ansuchen sehr komisch, da wir ja nicht untersuchen wollen, ob Biermann in Ordnung ist, sondern ob das Lied inhaltlich richtig und wichtig ist. Da wir es für gut gefunden haben, haben wir es auch gespielt.

OL.: Ihr versteht euch also nicht als eine Agitationsgruppe einer bestimmten linken Organisation?

SCHM.: Ja, das ist richtig; wir können noch nicht einheitlich auftreten, weil es im Hinblick auf irgendeine Gruppierung noch keine einheitliche Linie gibt. Dabei ist natürlich unbestritten, und kommt auch in unseren Liedern zum Ausdruck, daß es eine einheitliche Partei geben muß, die das

Proletariat in den Klassenkämpfen anleitet. Darauf arbeiten wir auch hin, denn es kann nicht unsere Zielvorstellung sein, daß sich jeder als Einzelkämpfer fortschrittlich gibt.

OL.: Welche Gruppe von Leuten wollt ihr überhaupt mit euren Liedern ansprechen?

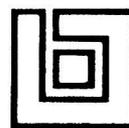
SCHM.: Prinzipiell wollen wir alle Leute ansprechen; erst aus der Analyse unseres Publikums, das wir tatsächlich ansprechen, resultieren unsere Schlußfolgerungen und Taktiken. Natürlich haben wir keine Präferenz, wen wir ansprechen wollen. Es zeigt sich aber, daß wir Studenten und ähnliches Kulturpublikum derzeit gut ansprechen können. Auf jene Leute stimmen wir unser Programm ab, weil alles andere illusorisch wäre. Unsere Zielvorstellung ist aber, für breitere Schichten ein Programm zu machen; das können wir aber jetzt noch nicht, denn das muß ehrlich und fundiert sein. Wir haben zwar in Österreich ein paar Konzerte vor Lehrlingen gemacht und wir wollen



ANZEIGE

Grünes Licht für Ihren Urlaub '76

Reisezahlungsmittel
Benzingutscheine
für Italien
Reiseinformationen



LÄNDERBANK
Um Sie bemüht

das auch ausweiten, aber das ist nicht so einfach, weil es nicht davon abhängt, ob wir es wollen oder nicht, sondern, ob man uns läßt. In Österreich stehen wir da noch am Anfang.

Zur Frage, was wir mit unserer Musik erreichen wollen, haben wir uns grundsätzliche Gedanken gemacht.

Wir gehen davon aus, daß jede kulturelle Äußerung einen politischen Stellenwert hat. Man darf nicht die bürgerliche Kulturfront stärken, sondern muß eine Gegenkulturfront aufbauen oder in diese Richtung wirken und als Bestandteil einer proletarischen Kulturfront die bürgerliche Kulturfront schwächen. Konkret sieht das so aus, daß wir unser Wirken nur im Zusammenhang mit anderen fortschrittlichen Kulturschaffenden und auch mit der gesamten politischen Entwicklung sehen. Eine proletarische Kultur kann nur so stark sein wie die proletarische Bewegung. Eine proletarische Kultur existiert also nicht dann, wenn wir unsere Lieder zu Hause spielen, sondern wenn viele Leute die Lieder hören und interessiert hören. Insofern hängt das also eng mit dem Stand des Klassenkampfes zusammen. (Man denke nur an die Beliebtheit revolutionärer Lieder in Italien. Anm. d. Red.)

OL.: Das würde aber bedeuten, daß die Chancen einer proletarischen Kulturfront in Österreich sehr gering wären. Man kann ja davon ausgehen, daß die Klassenkämpfe hier sehr unterentwickelt sind und daher eine "massenhafte Rezeption" politischer Lieder nicht möglich ist.

SCHM.: Politische Agitation durch Lieder kann natürlich immer nur ein Bestandteil von anderen Einflüssen sein, die auch wirksam sind. Wir können im Moment natürlich nur dort ansetzen, wo kritische Einstellung schon im Keim vorhanden ist. Wir werden versuchen, vor allem Leute, die langsam ein kritisches Bewußtsein entwickeln, zu bestärken. Agitation und Propaganda heißt, daß man die Verhältnisse analytisch aufzeigt, daß man Sachen durchschaubar macht. Wie man taktisch vorgeht, das richtet sich danach, ob man beim Publikum viel oder wenig voraussetzen kann.

OL.: Welche Funktion hat die "Proletenpassion" in dieser allgemeinen Einschätzung? Seht ihr sie als Initialwirkung, als Grundstein für jene "proletarische Kulturfront"?

SCHM.: Prinzipiell ist es wichtig, daß es bei den Festwochen überhaupt so etwas wie die "Proletenpassion" gibt. Bisher hat es nur so pseudo-linkes Wischi-Waschi gegeben, das sich nur formal fortschrittlich äußert. Wir wollen mit diesem Werk bestimmte Inhalte verbreiten oder Erkenntnis vertiefen, wo diese ansatzweise vorhanden ist. Wir versuchen, eine materialistische Geschichtsauffassung zu verbreiten. Sicher ist die "Proletenpassion" auch für Schüler interessant, da wir Fakten darstellen, die in den offiziellen Lehrbüchern nicht vorkommen (Bauernkriege, Pariser Commune, russische Revolution).

OL.: Die "Proletenpassion" als "Leidensweg des kleinen Mannes" zeigt, daß nicht die Fürsten und Herrscher Geschichte gemacht haben, sondern die Unterdrückten. Habt ihr dabei die Zeit nach der russischen Revolution nicht zu verkürzt dargestellt?

SCHM.: Wir wollten, bezogen auf die sozialistischen Länder, zeigen, daß der Kampf nach der proletarischen Revolution noch nicht zu Ende ist, daß es noch Klassen gibt, wenn auch in anderer Form, und der Kampf gegen die Reaktion weitergehen muß.

Wir haben die genauere Entwicklung in sozialistischen Ländern deswegen nicht dargestellt, weil es in der Gruppe darüber keinen Konsens gibt. Was aber die Gegenwart in den kapitalistischen Ländern betrifft, so glauben wir, daß unsere Absicht, wenn man die "Proletenpassion" verfolgt, klar zum Ausdruck kommt. Böswillige Kritiker muß man offensichtlich mit der Nase darauf stoßen, wie die heutigen Verhältnisse wirklich sind, ob man heute noch von Ausbeutung

reden kann usw. Wir glauben aber, daß wir damit keine Unklarheiten über unsere Position gelassen haben.

Eine differenzierte Einschätzung der Gegenwart muß aber von uns noch geleistet werden.

OL.: Ihr habt am Ende der Proletenpassion gefragt: Wie soll es weitergehen? Welchen "Ausblick" gibt es für euch?

SCHM.: Die künftige Arbeit muß so weitergehen wie der "Ausblick", wenn man ihn ganz breit anlegt. Die Gegenwart muß analysiert werden, ob mit Hilfe der Geschichte oder konkreter Ereignisse, ist egal. Wir müssen den Adressaten kennen und eine Form wählen, um den Inhalt optimal zu transportieren. Der Inhalt und die Form muß sich aber an den konkreten Verhältnissen, die man vorfindet, orientieren.

Unser Lernprozess muß so weitergehen, wenn wir die Proletenpassion in Fabriken oder Lehrlingsheimen oder in den Aussenbezirken spielen, daß wir dann aus den Reaktionen des Publikums, vor dem wir bisher noch nicht in größerem Ausmaß gespielt haben, auch die Form unserer Werke verbessern können.

Das ist aber nicht so einfach, weil niemand die Schmetterlinge in eine Fabrik oder ein Lehrlingsheim rufen wird.

Das Interview führte für "offensiv links" E. H.



In der Krise fließt das Blut

Hans-Ulrich Deppe (Universität Frankfurt) über Arbeitsunfälle

Einige Daten mögen die Bedeutung des Themas "Arbeitsunfälle" dokumentieren. In der BRD gibt es bei 27 Millionen Erwerbstätigen etwa 2,5 Millionen angezeigter Arbeitsunfälle pro Jahr. Das heißt, daß jeder zehnte Erwerbstätige in der BRD pro Jahr einen angezeigten Arbeitsunfall hat. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang, daß es sich hier um angezeigte Arbeitsunfälle handelt, und darunter versteht man Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen nach sich ziehen. Die leichteren Unfälle sind also in dieser Zahl gar nicht erfaßt. Überdies sagt diese Zahl auch wenig über das Unfallrisiko aus, denn die Kreissäge, die

die Fingerkuppe abschneidet, hätte genausogut den ganzen Finger erfassen können, oder ein umstürzender Materialstapel, der zu einer leichten Verletzung führt, hätte ebensogut einen Arbeiter unter sich begraben können. Die Gesamtzahl der Arbeitsunfälle und das Unfallrisiko liegen also wesentlich höher als die angegebene Zahl.

Wir hatten in den vergangenen Jahren durchschnittlich fünf- bis sechstausend erstmals entschädigte Fälle von anerkannten Berufskrankheiten. Diese Zahl ist deshalb so niedrig, weil nur ein sehr geringer Teil der durch Arbeit und Beruf bedingten Erkrankungen als Berufskrankheit anerkannt werden. So werden z. B. psychosomatische Krankheiten bis heute noch nicht als Berufskrankheiten anerkannt, obwohl wir wissen, daß die Technologie und die Organisationsstruktur des Betriebes nicht unerheb-

lich zur psychogenen Krankheitsentwicklung beitragen. Bei der hier erwähnten Zahl der anerkannten Berufskrankheiten haben wir es also auch nur mit der Spitze des Eisberges zu tun.

Die Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle pro 1.000 Vollarbeiter hat sich von 1950 bis 1961 um etwa 95 Prozent erhöht. Seit 1961 haben wir einen Rückgang um 22 Prozent. Da in den sechziger Jahren die ärztliche Betreuung am Arbeitsplatz nahezu konstant schlecht war, kann die Veränderung darauf nicht zurückgeführt werden. Als Erklärung bietet sich vielmehr eine strukturelle Veränderung des Arbeitsplatzes selbst an. Es läßt sich nämlich feststellen, daß mit zunehmender Mechanisierung und Automatisierung in den sechziger Jahren der arbeitende Mensch zunehmend neben den unmittelbaren



JAZZ WIEN.

Denn unsere Stadt hat viele Vorteile.

Fertigungsprozeß tritt, womit eine Minderung der Unfallgefahr einhergeht. Überdies wurden in der unmittelbaren Produktion infolge der technologischen Rationalisierung deutlich weniger Arbeiter beschäftigt, während die Zahl der Arbeitnehmer in weniger unfallgefährdeten Bereichen stark angestiegen ist.

Nun zeigt sich, daß die relative Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle seit 1961 nicht stetig zurückgeht, sondern daß in der Kurve 1963, 1967 und 1975 deutliche Senkungen ermittelt werden können. Diese Unfallschwankungen laufen bezeichnenderweise zu den ökonomischen Krisen in der BRD parallel. Deshalb mußte der derzeitige Bundesminister zu Recht: "Die Häufigkeit der Arbeitsunfälle zeigt ein charakteristisches Bild mit leichten Knicken nach oben und unten... Das legt die Vermutung nahe, daß Konjunkturverlauf und Unfallhäufigkeit in Wechselwirkung zueinander stehen."

Diese Reaktion auf ökonomische Krisen schlägt sich indessen nicht allein auf die Registratur der angezeigten Arbeitsunfälle nieder, sondern wir haben dieses Phänomen auch in anderen Bereichen der Krankenversorgung:

- + Es ist bekannt, daß der betriebliche Krankenstand in Krisenzeiten zurückgeht.
- + Anfang dieses Jahres hieß es in unserer Presse, daß die Kuranträge nachgelassen hätten und als Erklärung dafür wird gegeben: "Kenner der Materie

sind sich darüber einig, daß... nicht wenige Arbeitnehmer, die eine Kur nötig hätten und sie voraussichtlich auch bewilligt bekämen, aus Angst vor dem möglichen Verlust ihres Arbeitsplatzes erst gar keinen Antrag stellen." (Frankfurter Rundschau, Jänner 1975)

- + Ähnliche Erscheinungen treten in den Krankenhäusern auf, deren Bettenbelegung im vergangenen Jahr um 5 Prozent zurückgegangen ist. Als Hauptgrund für den Belegungsrückgang wird vom Präsidenten der deutschen Krankenhaus-Gesellschaft "die Konjunkturlage und die daraufhin wieder größer gewordene Angst um den Arbeitsplatz bei den Arbeitnehmern genannt." Weiter heißt es: "Dieser konjunkturell begründete Belegungsrückgang sei genau vergleichbar mit der Entwicklung des Rezessionsjahres 1967; Wie sich aus den Zahlen einiger größerer Krankenhäuser ableiten lasse, sei der Anteil der über fünfzigjährigen Arbeitnehmer in den Krankenhäusern deutlich zurückgegangen. Auch die Verweildauer der Arbeitnehmer sei gesunken. Die Patienten drängen viel stärker zurück an den Arbeitsplatz als noch vor einem Jahr." (Frankfurter Rundschau, 13.1.1976)

Und schließlich heißt es im Geschäftsbericht der IG-Me-



Rouge n° 317 p 4

tall im Hinblick auf die Anzeige von Arbeitsunfällen: "Die berufsgenossenschaftlichen Ärzte vermerkten häufig in ihren Berichten: 'Arbeitsfähig auf eigenen Wunsch', das heißt, der Arbeitnehmer übernahm aus Angst um den Arbeitsplatz selbst das Risiko der Unfallfolgen."

Dies alles spricht dafür, daß das konstitutive Element der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Arbeitsunsicherheit der Lohn- und Gehaltsabhängigen, einen nicht unbedeutenden Einfluß auf das Krankheitsverhalten und damit dessen statistische Erfassung hat.

Ein weiterer Aspekt, der im Verhältnis zwischen Arbeitsunfällen und konjunkturellem Verlauf diskutiert werden muß, ist der Abbau von Überstunden in Krisen. Mit zunehmender Länge des Arbeitstages steigt die Unfallgefahr, die Unfallhäufigkeit - um wieviel, ist bis jetzt empirisch nicht festgestellt worden.

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

Die Arbeitsunfallhäufigkeit ist verständlicherweise nicht in allen Wirtschaftsbereichen gleich groß. Die meisten Arbeitsunfälle treten im gewerblichen Bereich auf und hier wiederum in jenen Sektoren, in denen körperlich schwer gearbeitet wird. Schwerarbeiter haben im Gegensatz zu körperlich leicht Arbeitenden mehr als doppelt so oft Unfälle. Die Arbeitsplätze im Bergbau, in der Bauindustrie – besonders Tiefbau – der Holzindustrie sowie der Eisen- und Stahlindustrie zählen zu den gefährdetsten.

Auch sind bestimmte gesellschaftliche Gruppen von Arbeitsunfällen besonders bedroht. Hier sind vor allem die ausländischen Arbeiter zu nennen. Die Unfallhäufigkeit der ausländischen Arbeiter liegt etwa 2,5 mal so hoch wie die der inländischen. Dies läßt sich nicht allein mit den Sprachschwierigkeiten erklären, sondern liegt eher daran, daß der Arbeitsplatz eines Ausländers erstens be-

sonders unsicher ist und daß die ausländischen Arbeiter zweitens an den gefährlichsten Arbeitsplätzen – in der Bau- und Stahlindustrie – eingesetzt werden. weil dort die heimischen Arbeiter nicht mehr bereit sind zu arbeiten.

Diese hier ansatzweise entwickelten Probleme sind in die Unfallsachenforschung miteinzubeziehen. Die gegenwärtige Untersuchung bleibt kleben am unmittelbar Vorhandenen, Greifbaren, im Unvermögen, über die gegenwärtige Situation hinauszugehen. Sie verharrt in einer Art Verstand, den an der Uhr die Räder interessieren und nicht die Zeit, die sie mißt.

Die Verbesserungen der gesundheitlichen Bedingungen ist jedoch nicht nur ein Problem der Erkenntnis. Sie hängt wesentlich von der Durchsetzungskraft der Arbeiterklasse ab. Für die Ärzte wird sich dabei die Frage stellen, ob sie sich weiter von den Interessen des Kapitals gängeln

lassen oder ob sie sich als Anwälte der Werktätigen verstehen.

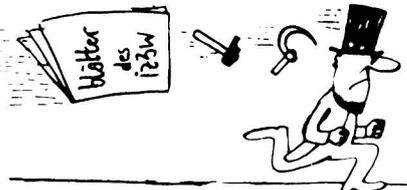
Gekürzt entnommen aus "ROTER BÖRSENKRACH".



blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg Tel. 0761/74003

Die blätter des iz3w enthalten regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt + geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und Elend der Massen in der Dritten Welt + beleuchten die „Entwicklungshilfe“ + erörtern Theorie und Praxis der Widerstandsbewegungen + nehmen Teil an der Diskussion über Dritte-Welt-Arbeit in der BRD



Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten:
DM 28,- /oS 20,- /Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung DM 20,- /oS 140,- /Sfr 20,40) **Probenummer bestellen!**

Ja zu Wien!

Denn unsere Stadt hat viele Vorteile. 800.000 Arbeitsplätze sichern gute Verdienstmöglichkeiten. 30.000 Geschäfte und Kaufhäuser bieten eine reiche Auswahl. Bildungschancen ohne Grenzen: 640 Schulen, 8 Universitäten und Hochschulen, 13 Volkshochschulen, 470 Bibliotheken, 80 Museen und Sammlungen. Man kann die Freizeit richtig nützen: 27 Theater, 7 Konzertsäle, 93 Kinos, 122 Bäder, 771 Sport- und Spielplätze. Trotz Großstadt gibt es 70 Mill. qm Wald und 17 Mill. qm Parks. Bei Krankheit und für das Alter ist vorgesorgt: 5000 Ärzte, 53 Spitäler mit 10.000 Krankenschwestern, 11 Pensionistenheime, zahlreiche Sozialdienste. Und noch vieles mehr bietet Wien: großzügige Wohnungsförderung, gute Verkehrsverbindungen, Kindergärten und Kinderfreibäder, Sicherheit, Unterhaltung usw., usw.

Die Großstadt hat wirklich Vorteile. Darum: **Ja zu Wien**

Portugal:

Zwischen zwei Wahlen

Die Einmaligkeit des portugiesischen Prozesses, die durch eine weitgehende Lähmung der repressiven Staatsfunktionen begünstigt wurde, ist vorbei. Dennoch hat sich, was die Stimmenergebnisse betrifft, nichts Grundsätzliches verändert. Verändert hat sich die Ausgangslage der unterdrückten Schichten, die nun verzweifelt und nur teilweise erfolgreich versuchen, die wesentlichsten Errungenschaften der ersten Periode nach der Zerschlagung des Faschismus gegen die zunehmend erstarkende Reaktion auf gewerkschaftlicher Ebene zu verteidigen.

Verändert hat sich auch das Kräfteverhältnis innerhalb der verschiedenen bürgerlichen Strömungen. Die CDS, die als unmittelbarste Vertreterin der Großbourgeoisie anzusehen ist, hat aus der Entwicklung am stärksten Profit gezogen – die Bauern im Norden, die Angola-Rückkehrer und die durch den Radikalisierungsprozeß abgeschreckten Kleinbürger verdoppelten ihren Stimmanteil, was vor allem auf Kosten der sich sozialdemokratisch nennenden Partei der Kleinbürger, der PPD, ging. Es ist in Portugal wieder möglich, von Seiten der Rechten härtere Töne von sich zu geben.

Die sozialistische Partei steht nach ihren nur geringfügigen Verlusten vor einem Dilemma – in ihr sind zwei Tendenzen vereinigt: Einerseits die wirtschaftliche Gesundung auf kapitalistischem Weg zu erreichen ("Europa mit uns"), andererseits ihre Basis, die mehrheitlich aus Arbeitern und Angestellten besteht, vertreten zu müssen, was sich aufgrund der strukturellen Schwächen des portugiesischen Kapitalismus nicht vereinigen läßt. Zwei unterschiedliche Flügel in ihr sind der Ausdruck dieses Zwiespaltes, ihr Zögern, entweder mit der Rechten oder der PC ein Bündnis einzugehen, soll einen Bruch in der Partei verhindern.

PC und teilweise auch radikale Linke haben eine Revision vor allem ihres sektiererischen Verhaltens zur PS vorgenommen. Die PC stellt heute in einigen Regionen des Südens (Alentejo, Industriegürtel um Lissabon) die stärkste Partei mit einem Stimmenanteil

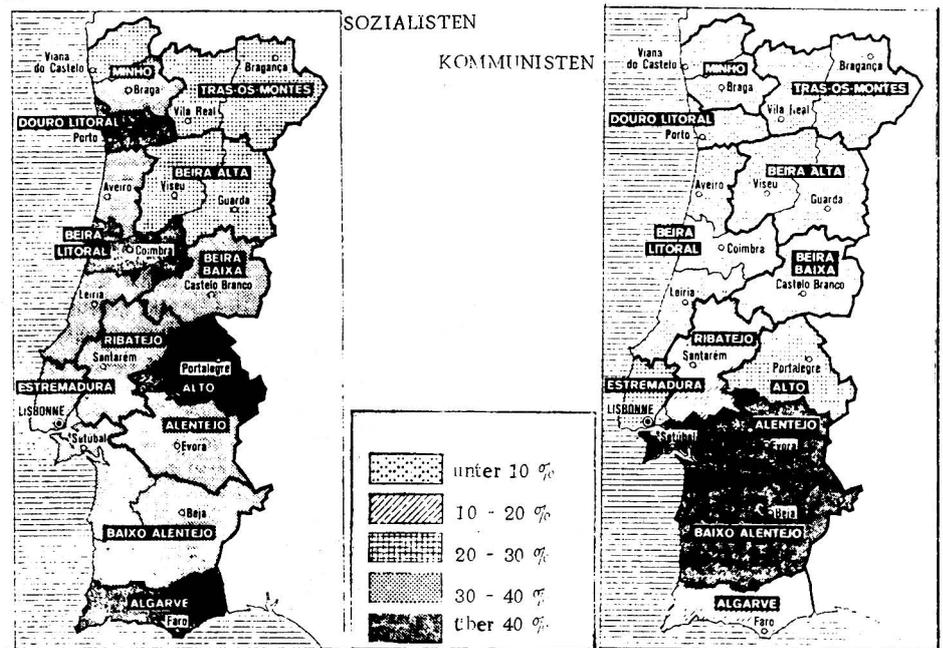
bis zu 45% dar. Der Wandel ihrer Strategie ist auch auf ein Erstarren des "Carillo-Flügels" nach dem 25. November zurückzuführen. Die radikale Linke hat ihre Fehleinschätzungen auch mit einem zahlenmäßig spürbaren Einflußverlust bezahlen müssen.

Zwei wesentliche Entscheidungen werden in der nächsten Zeit fallen: Die Präsidentschaftswahlen, denen aufgrund der äußerst umfangreichen Vollmachten des Präsidenten entscheidendes Gewicht zufällt. Hier haben sich CDS, PPD und PS bereits auf den neuen Generalstabschef seit dem 25. November, Eanes, geeinigt, der die völlige Disziplinierung des Heeres durchgeführt hat. Antunes wird wahrscheinlich ohne Parteiunterstützung kandidieren, PC hat bereits einen

eigenen Kandidaten, die radikale Linke hat sich noch nicht geäußert.

Auf der gewerkschaftlichen Ebene wird es sich weisen, wie weit das Fehlen an entsprechenden Kampftraditionen bei der Abwehr der kräftigen Lohninbußen überwunden werden kann. Hier hat es sich bereits im März und April ansatzweise gezeigt, daß die Arbeiter und auch neuere Schichten, wie etwa die öffentlich Bediensteten, nicht gewillt sind, drastische Einbußen des Lebensstandards zur "wirtschaftlichen Gesundung" in Kauf zu nehmen. Dies sind jedoch hauptsächlich defensive Aktionen, der offensive Charakter der portugiesischen Entwicklung wurde mit den Basisbewegungen zerschlagen, die heute nur noch einige schwache Lebenszeichen von sich geben. Eine weitergehende Perspektive wird es in Portugal ohne Zweifel erst im Einklang mit der gesamten südeuropäischen Entwicklung geben.

K.L.



	Stimmen		Prozent		Abgeordnete	
	1975	1976	1975	1976	1975	1976
PS (Sozialistische Partei)	2.145.392	1.871.462	37,87	35,01	115	106
PPD (Demokratische Volkspartei)	1.494.575	1.283.290	26,38	20,01	80	71
CDS (Demokratisches Zentrum)	433.153	848.266	7,65	15,87	16	41
PC (Kommunistische Partei)	709.639	780.004	12,53	14,59	30	40
UDP (gemäßigt maoistisch)	44.546	90.507	0,79	1,69	1	1
MRPP (maoistisch)	-	35.751	-	0,67	-	-
AOC (maoistisch)	-	15.506	-	0,29	-	-
FSP (Linkssozialisten)	66.161	41.020	1,17	0,78	-	-
MES (Bewegung linker Sozialisten)	57.682	30.814	1,02	0,58	-	-
PRT (Trotzkisten)	-	5.144	-	0,10	-	-
LCI (Trotzkisten, IV. Internationale)	10.732	16.093	0,19	0,30	-	-
PDC	-	27.921	-	0,52	-	-
PPM (Monarchisten)	31.809	27.879	0,56	0,52	-	-

Italien:

Faszinierende Fragezeichen

Es ist nur allzu verständlich, daß die Politik der KPI, ihre Strategie und Taktik, Gegenstand der Diskussion ist. Ebenso verständlich ist es, daß es in der Einschätzung der italienischen Perspektiven, die von der KPI entscheidend beeinflußt werden, divergierende Meinungen auch in der föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS gibt. Einig sind wir uns darin, daß die KPI es versucht, auf heute aktuelle Fragen adäquate Antworten zu finden.

Wenn wir diese Antworten kritisch aufarbeiten, so nicht deshalb, um der italienischen KP den "richtigen" Weg zu weisen oder sie zu entlarven, sondern deshalb, um unseren eigenen Lernprozeß voranzutreiben.

Aus den Parlamentswahlen am 20. Juni 1976 wird voraussichtlich die KPI als stärkste politische Fraktion hervorgehen, die italienischen Linksparteien werden wahrscheinlich eine regierungsfähige Mehrheit erhalten.

Viele linke Gruppen, die von der KPI als maximalistisch, aber nie als linksextrem bezeichnet werden, machen es sich in ihren Einschätzungen zu leicht. Zunächst wird offen oder indirekt behauptet, Italien befände sich in einer aktuellen revolutionären Situation. Da die KPI diese Auffassung nicht teile, sei sie reformistisch, parlamentarisch fixiert, sozialdemokratisch und sie verhalte sich bürokratisch gegenüber den Massenkämpfen, indem sie alle Kämpfe dem Ziel der Regierungsbeteiligung unterordne.

Bei verschiedenen Stellungnahmen der KPI, wie z. B. zur Abtreibungs- oder Scheidungsfrage, ist es gewiß zweifelhaft, ob ein Zurückstecken der beabsichtigten Verständigung mit katholischen Arbeitermassen dient, oder nicht eher überhaupt demobilisierend wirkt. Ob der "Historische Kompromiß" auf Parteebene strategisch einen Fortschritt bedeutet, ist unseres Erachtens auch sehr unklar.

Wir wollen aber in der Auseinandersetzung mit der KPI nicht in dieselben Fehler wie viele andere linke Gruppen verfallen und auf neue Fragen immer nur die alten Antworten parat haben.

Uns kommt es sicherlich als Wahnsinn vor, wenn wir Kampagnen gegen das Bundesheer führen, die NATO als imperialistisches Militärbündnis bezeichnen, die EWG anprangern und auf der anderen Seite die KPI momentan alle diese Institutionen akzeptiert und sogar in diesen mitwirken will. Wir können einen kleinen Kreis von Leuten zu einem linken Handeln gewinnen und durch eine unüberlegte falsche Politik können wir keinen Bürgerkrieg mit fatalen Folgen provozieren. Unser politischer Blickwinkel muß notwendigerweise unterschiedlich von dem einer Bewegung in der Größenordnung der KPI sein. Wir müssen keine "Realpolitik" machen, eine KPI ohne Realpolitik artet aber zu einer Sekte aus. Diese Gedanken sollen der KPI keinen Blankoscheck ausstellen, sie sollen aber eine ehrlichere Konfrontation mit ihr ermöglichen.

Ein weiteres Manko linker Kritik an der KPI liegt an ihrer idealistischen Definition des Reformismus. Gibt sich die KPI noch so harmlos und ordnungsliebend, so wird ihr das vom Klassegegner nicht abgenommen. Weiters ist die ökonomische und soziale Situation Italiens so explosiv, daß Forderungen, die in Österreich mit Sozialpartnerschaftsmechanismen durchgesetzt werden konnten, im italienischen Kontext aber sicherlich die Voraussetzung und das Ergebnis heftiger Klassenkämpfe sind. Eine noch so reformistische Strategie kann durch die reale Situation einen ganz anderen Inhalt erhalten.

Die KPI fordert keine weiteren Verstaatlichungen (außer in der Pharmaindustrie), aber Großteile des Kapitals greifen dennoch zu Kapitalflucht und Investitionsstopp. Das wird die KPI zu Handlungen zwingen, die über ihre formulierten Vorstellungen hinausgehen. Die KPI ist bereit, in der NATO mitzuarbeiten. Wird aber die NATO mit der KPI zusammenarbeiten? Es ist klar, daß bürgerliche Kreise mit einer Regierungsverantwortung der KPI eine disziplinierende Rolle der KPI erkaufen wollen. Fast alle bisherigen Erfahrungen von Volksfrontregierungen (Dreißiger Jahre, Chile, Portugal) beweisen aber das Gegenteil. Eine linke Regierung war meist der institutionelle Vorspann zu einer Intensivierung der Massenkämpfe.

AUSSENPOLITISCHE FAKTOREN DES "HISTORISCHEN KOMPROMISSSES"

Die Ereignisse in Chile bewegten die KPI zu verschiedenen Klärungen. Der Imperialismus ist noch immer imstande, revolutionäre Bewegungen (außer an seiner Peripherie) in einzelnen Ländern niederzuschlagen. Solange es die beiden militärischen Blöcke gibt, ist es für ein einzelnes Land unmöglich, aus diesen Blöcken auszubrechen. Deshalb soll die Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz vorangetrieben werden. Obwohl heute dies einen Freibrief für die jeweils herrschende Macht darstellt, in ihrem Bereich zu schalten und zu walten, gibt es zu dieser Ausrichtung keine ernstzunehmende Alternative. Eine Konfrontation zwischen USA und SU bedeutet bloß eine noch größere Einengung für fortschrittliche Initiativen in bei-

den Machtbereichen. Das bewies der kalte Krieg. Die KPI meint, ihr Handlungsspielraum sei sehr eingeschränkt. Der Sozialismus in einem Land der NATO ist Unsinn. Die KPI gibt das sozialistische Ziel nicht auf, sie ist der Meinung, daß vorerst die NATO aufgelöst werden müßte. Dies kann nur einer internationalen und nicht nationalen Anstrengung entspringen. Die Politik der friedlichen Koexistenz setze sich die Auflösung der Militärbündnisse zum Ziel und dies ermögliche dann größere Bewegungsfreiheit für linke Gruppen innerhalb der Machtblöcke.

Was kann an dieser Ausrichtung problematisiert werden? Es gibt große Diskussionen innerhalb der NATO. Die Fälle Griechenland, Türkei, Frankreich, Portugal, Spanien und Island sind bekannt. Ob sich so leicht ein einheitliches Vorgehen gegen Italien erzielen läßt? Wie würde darauf die Arbeiterbewegung in einzelnen Ländern reagieren? Zwischen dem Austritt aus der NATO und einem vollen Mitspielen gibt es eine große Bandbreite und jede einzelne Aktion muß unter allen diesen Umständen analysiert werden.



Berlinguer

INNENPOLITISCHE FAKTOREN DES "HISTORISCHEN KOMPROMISSES"

Nach den Auffassungen der KPI soll ein Regierungsbündnis von DC (Democrazia cristiana) und PSI (Partido Socialista Italiano) und KPI bloß der zentrale Ausdruck des historischen Kompromisses sein. Dieser soll auf einer Einheit der bislang gespaltenen

Gewerkschaftsbewegung fußen. Verschiedene soziale Klassen sollen sich auf den unteren Ebenen (in den Regionen, Städten, Wohnbereichkomitees, Fabriken, usw.) in gemeinsamen Aktivitäten näherkommen. Die Er kämpfung fortschrittlicher Ziele hängt nicht nur davon ab, wieweit es gelingt, die Arbeiterschaft für sozialistische Ziele zu gewinnen, sondern ob der ideologische Einfluß der herrschenden Klasse von vornherein so gering als möglich gehalten werden kann. Portugal zeigte dies deutlich. Seit 1945 gab es in Europa wahrscheinlich keine so weitgehenden Kampfziele und -formen wie in Portugal. Aber je weiter Teile der Fabriks- und Landarbeiter schritten, desto offener manifestierte sich die Rechtsstimmung der übrigen Teile der Bevölkerung.

Die klassenmäßige Definition des



Wahlen sofort! Weg mit der DC!

Historischen Kompromisses ist sehr vage. Es gibt sicherlich einen objektiven Widerspruch zwischen unmittelbaren ökonomischen Forderungen von Bauern, Mittelstand, Arbeitern und Angestellten. Wie das genauer von der KPI problematisiert wird, ist unklar. Die KPI möchte nicht große Konzepte erstellen und dann die Massen dafür gewinnen. Ihr geht es vielmehr um die Einheit des Volkes. Sie möchte Strukturen für einen politischen Willensbildungsprozeß schaffen, die es allen nichtkapitalistischen Klassen und Organisationen ermöglichen, selbständig ihre Interessen zu formulieren. Sie mögen auch in sich widersprüchlich sein, aber die KPI sieht in einem solchen Pluralismus die einzige Möglichkeit für eine freiwillige und langfristige Einheit.

Bei der Diskussion der Scheidungsgesetze war das der Fall. Die KPI war gegen ein Referendum. Sie wollte einen solchen Kompromiß, der es auch der Mehrheit der Katholiken ermöglichen sollte, sich damit zu identifizieren. Ebenso verhielt es sich mit der Abtreibungsfrage. Die KPI will bei den für sie entscheidenden Problemen der wirtschaftlichen Gesundung eine Einheit gewinnen. Fragen, wie z. B. Scheidung und Abtreibung, die zwar wichtig sind, aber Keile in die nichtkapitalistischen Schichten tragen würden, müßten nach Meinung der KPI dem untergeordnet werden. Es ist sicher eine diskutabile Frage, ob diese Haltung zur Abtreibungsfrage nicht Opportunismus gleichkommt. Was ist Opportunismus? Sich in der Meinung der Mehrheit unterordnen? Das macht die KPI nicht. Sie hält ihre Meinung nicht hinter dem Berg, daß das Ab-

treibungsverbot so weit als möglich aufgehoben werden sollte. Aber die KPI meint ebenso, daß solange viele katholisch gesinnte Werk tätige eine andere Stellung zu dieser Frage haben, das auch berücksichtigt werden sollte. Mit einer solchen Auffassung in der Beziehung von sozialistischen Zielen und Auffassungen ist die KPI zwar verbal oft nicht einmal reformistisch, aber auf der anderen Seite hat sie eine so enge Beziehung zu den Massen, daß sie eine in der Bevölkerung stark verankerte Bewegung ist. Die KPI ist eine Kraft, die fähig und auch bereit ist, zu mobilisieren. Die KPI bestimmt aber auch das Parlament als einen Sektor, der ihrer Meinung nach einen wichtigen Bestandteil des demokratischen Lebens darstellt. "...die Wiederbelebung und Erneuerung des Parlaments in

Italien ist zuerst eine Errungenschaft des Kampfes der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen. Das Parlament kann also nicht, wie zu Zeiten Lenins und wie es eventuell in anderen Ländern geschieht, nur als Tribüne zum Anprangern der Mißstände des Kapitalismus und der bürgerlichen Regierungen und für das Propagieren des Sozialismus aufgefaßt und genutzt werden. In Italien ist es auch und vor allem der Ort, an dem die Vertreter der Arbeiterbewegung ihre Initiativen auf politischem und legislativem Gebiet entwickeln und konkretisieren, wobei sie die Richtung der nationalen Politik zu beeinflussen und ihre führende Rolle durchzusetzen suchen. Das Parlament kann seine Aufgabe erfüllen, wenn es, wie Togliatti sagte, immer mehr zu "einem Spiegel des Landes" wird und die parlamentarische Initiative der Parteien der Arbeiterbewegung mit den Kämpfen der Massen, dem Anwachsen einer demokratischen Macht in der Gesellschaft und der Durchsetzung der demokratischen und verfassungsmäßigen Prinzipien auf allen Gebieten und für alle Organe im Leben des Staates verbunden ist. "(Enrico Berlinguer: "Für eine demokratische Wende /Dietz Berlin 1975/Seite 372/73). Sicher widerspiegelt das Parlament in einer gewissen Weise den Bewußtseinsstand der Bevölkerung. Daß die parlamentarischen Entscheidungen nicht die wesentlichen Entscheidungsinstanzen sind, ist erwiesen. Berlinguer behauptet das auch nicht. Er will nur, daß es so wird. Das halten wir für unrealistisch. Im

Kapitalismus wird es nie gelingen, autonom ohne Druck des Kapitals Entscheidungen zu treffen. Das Kapital besitzt so viele Sabotagemöglichkeiten, daß das Parlament dem Rechnung tragen muß. Und ob im Sozialismus das Parlament, das heißt die repräsentative Demokratie, die geeignetste Ebene zur Entscheidungsfindung ist, ist ungewiß.

Sicher nährt die KPI viele Illusionen über das Parlament, aber es hat auch genug Initiativen gesetzt, den formalen Entscheidungsfindungsprozeß nach unten zu verlagern, die Regionen und Gemeinden autonomer zu machen. In den Gebieten, in denen sie regiert, kann die Bevölkerung in direkter Weise in die Diskussionen

und Entscheidungen einsteigen und es wird versucht, die Macht der Exekutive einzuschränken.

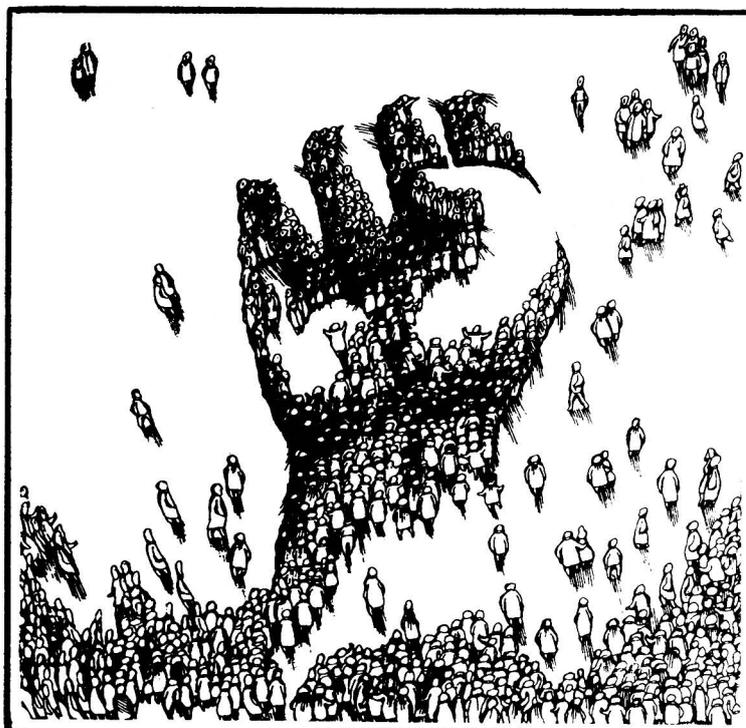
Die KPF, die KP Portugals sind für Regierungen bestehend aus Linksparteien. Die KPI und wahrscheinlich auch die KP Spaniens wollen die dominierenden bürgerlichen Parteien in ihre Regierungsvorstellungen mit einbeziehen. Glaubt die KPI die DC wirklich gewinnen zu können, fühlt sie sich so stark, die DC für ihre Ziele zu überzeugen oder reduziert sie ihre Forderungen auf ein solches Minimum, daß sie auch von einer bürgerlichen Partei akzeptiert werden können? Oder ist es eine reine Taktik, weil die KPI so und so glaubt, daß die DC nie auf das Angebot einsteigen wird, aber solche Einheitsvorschläge die DC in der Bevölkerung in eine schwierige Position führen? Oder ist die DC linker als die ÖVP und die anderen konservativen Parteien Europas? Wir können uns eine Einheit aller Linksparteien vorstellen, die gewillt sind, eine wirklich alter-

native Regierungspolitik zu praktizieren. Der Vergleich mit Österreich ist zwar impressionistisch, vorausgesetzt, es gibt eine starke und attraktive Linke in diesem Land, wird dadurch die ÖVP zu einem koalitionsfähigen Partner? Das erscheint ein wenig absurd.

In den letzten Tagen kristallisierte sich in der Öffentlichkeit immer mehr eine Linksregierung heraus, wahrscheinlich unter Einbeziehung bestimmter Persönlichkeiten der DC, des katholischen und liberalen Lagers.

Wichtige Fragen, die in diesem Zusammenhang noch behandelt werden müssen: Die Stellung der KPI zu den Übergangsgesellschaften, zum Konflikt SU - VR-China, zu den links von ihr stehenden Gruppen, zur Jugend- und Frauenfrage, zu kulturellen Problemen, zu Basiskämpfen, zur Gewerkschaftsfrage, zur Problematik der sozialen und wirtschaftlichen Strukturreformen und zu den Traditionen Gramsci's und Togliatti's.

H. S.



Wir planen eine Arbeitskreis zur Strategie der Linken im Südeuropäischen Raum. Wir treffen uns jeden Donnerstag, 19 Uhr, 1040 Wien, Belvederegasse 10. Auskünfte erhalten Sie an oben angeführter Adresse oder unter der Tel.Nr. : 65-19- 52 oder 33-833- 74.

In Sachen Ulrike Meinhof –

Dies ist keine Nachruf. Keine Würdigung der Person, keine schiefgeratene "Hommage", auch nicht eine verspätete Auseinandersetzung unter möglichen Freunden und unmöglichen Genossen. Wir waren nicht Freunde, und das Wort Genosse wird ohnehin in der Linken so ähnlich verwendet wie die Anrede "Herr" in der bürgerlichen Gesellschaft.

Wir haben für Ulrike Meinhof und die anderen, als sie ihre Finger am Abzug hatten, keinen Finger gerührt. Alles andere: warnendes Zurufen, Argumentieren, Beschwören hätte sie nicht zur Kenntnis genommen, mußten sie ignorieren. Ihre Entscheidung für den "bewaffneten Kampf" hieß die Totalität der Waffen; selbst ihr eigenes Reden klang von da an wie Maschinengewehrgeknatter. Die Waffe der Kritik als Kritik der Waffen ging sie nichts an. Wer zu Ulrike und den anderen nicht mit der Waffe in der Hand kam, zählte der armierte Feind schon mehr: mit ihm mußte man rechnen, mit uns lohnte es sich nicht einmal abzurechnen. Und so war der Schaden, den Ulrike und ihresgleichen uns allen, der Linken in der Legalität und Legalität der Linken antaten, bedeutend größer als der vermeintliche Nutzen für ihre "Revolution"; trafen die Schläge, die sie gegen die Reaktion austeilten, uns, die Linke, die Sache der Klasse härter als den eigentlichen Adressaten.

Dies ist vielmehr eine Klarstellung. Nach links und nach rechts. Nicht bezüglich der Person Ulrike Meinhof. Da gibts für uns nichts klarzustellen. Sie war integer. Sie war mutig. Sie war eine verzweifelte Revolutionärin. So machte sie eine Revolution der Verzweiflung. Wer aber deswegen die Hochachtung vor ihrer Person versagt, tut es aus Motiven, die entweder denen des reaktionären Henkertyps oder denen des bürokratisch-dogmatischen Richtertyps gleichen. Gegenüber dieser beiden artverwandten Mentalitäten die notwendige Klarstellung.

Ulrike Meinhof – wir haben das immer gesagt und wir wiederholen es – hat mit ihrer Strategie unscharf gezielt und gehörig danebengeschossen. Sie hat zur falschen Zeit am

falschen Ort die falschen Entscheidungen getroffen. Aber die sich darüber entrüstet haben, waren meist Speichellecker eines Systems, dessen Greuel sie moralisch und politisch bis aufs journalistische Messer verteidigt haben: den Völkermord in Vietnam mit all seinen "zivilen" Aspekten von Napalm, Flächenbombardements, Folter, Korruption, Prostitution, Alkohol-, Rauschgift- und Millionen "echten" Leichen. Sie haben damit – heute geben sie es manchmal kleinlaut zu – Unrecht gehabt. Unrecht haben heißt in ihrer Sprache nicht durchkommen, keinen Erfolg haben. Wir, auch Ulrike Meinhof und die anderen, die wir uns seinerzeit noch gemeinsam gegen einen dschungelhaften Blätterwald, eine ungerührte feiste Öffentlichkeit und ihre wildgewordenen Ordnungshüter stellten, wir haben Recht gehabt. Vor allen Instanzen der Geschichte: auf dem Schlachtfeld, im Pentagon und im Weißen Haus, in der Weltpresse wurde das Urteil nachträglich zu unseren Gunsten gefällt. Aber das sind moralische Siege mit kaum spürbarer politischer Auswirkung. Als vor einem Jahr die indochinesische Revolution, deren Muttermilch unsere Generation von Politischen getrunken hatte, gesiegt hat, saßen Ulrike Meinhof und die anderen bereits in den Gefängnissen des Systems, das sie mit der abstrakten Verpflanzung Vietnams nach Frankfurt und Westberlin eher gestärkt denn geschwächt hatten. Ihr aussichtsloser und – was schwerer wiegt – sinnloser Kampf ging auch da noch weiter. Es zeugt von der Stärke der westdeutschen Bewegung im Zeichen der Neuen Linken, daß sich genügend Anwälte fanden, die bereit waren, ihren Beruf zu opfern, weil sie die Rechtsstaatlichkeit herausforderten, indem sie sie beim Wort nahmen und Angeklagte, gegen die das Urteil schon gesprochen war, noch bevor die Anklageerhebung stattfand, ohne Ansehen der Person, der Herkunft und der verdächtigsten Tat mit allen Rechtsmitteln zu verteidigen wagten. Zu jedem Zeitpunkt hörten wir aus dem Blätterrauschen der demokratischen Meinungsbildung das mordlüsterne

Geschrei, das nur deswegen nicht offen nach dem Schafott verlangte, weil die Zeit noch vielen in Erinnerung war, als in diesem Land die Herrschaft des Henkers total war. Holger Meins starb an den Folgen des Hungerstreiks und wie sich nachher herausstellte, war sein Tod vermeidbar gewesen. An Stelle des Totschlags die fahrlässige Tötung. Andere Gefangene, kleine unprominente Kriminelle, wurden in westdeutschen Gefängnissen glatt ermordet. Wer ins direkte Aktionsfeld des Imperialismus gerät, wird vernichtet, biologisch, chemisch, bakteriologisch, technisch, wie es gerade angemessen erscheint. Das spielt sich hinter den Kulissen ab. Vor den Kulissen wird der Aufbegehrende ruhiggestellt. Manchmal für immer. Das hat dann niemand so richtig gewollt, das war meistens ein Unfall, kann schon mal vorkommen. Vor Ulrike Meinhof erhängte sich so mancher kleiner Rebell der sozialen Notlage in der Zelle. Dann gab es eine Untersuchung. Man kann schließlich nicht auf jeden Häftling Tag und Nacht aufpassen, wenn es darum geht, sie davor zu bewahren, daß sie zum letzten Mittel des Protests greifen, zum selbstgebastelten Strick. Eher klappt es schon und fast regelmäßig, wenn Gefangene Kontakte nach außen aufnahmen, miteinander kommunizieren oder gar konspirieren. Dann klappts schon besser. Tag und Nacht, vierundzwanzig Stunden, Wochen, Monate, Jahre, lebenslänglich. Wenn du glaubst, du kannst davor einfach abhauen, auf und davon, ganz radikal, indem du dich aufhängst und der Rest ist dann Schweigen, da irrst du gewaltig.

Der Rufmord der österreichischen Presse noch an Ulrikes Leiche läßt erahnen, was wohl eine einigermaßen intakte, durch keinen Druckerstreik gehandicapte großdeutsche Presse an Ulrikes Grab veranstaltet hätte. Was wäre das für eine spontane Leichenschänderei gewesen! Die österreichischen Kollegen sprangen nach Kräften in die Bresche. Die SALZBURGER NACHRICHTEN betitelten ihren Bericht so "Nachwehen zum Selbstmord der Anarchistenführerin Ulrike Meinhof". Selbstmord ist eine Art

eine Klarstellung

Ungeburt, bei der die geborene Person verendet und bei den Angehörigen und Freunden Nachwehen auslöst? Man könnte lachen, wenn hier nicht im Angesicht einer Tragödie ein besonders einfühlsamer Journalist Rülpslaute von sich geben würde. Am ausgewogensten, wie immer, urteilt und verurteilt die Grazer KLEINE ZEITUNG: "Wer Gewalt billigt und noch dazu vollzieht, muß mit den Folgen rechnen, wenn auch einzelne Aspekte der Verfolgung diskutabel bleiben.

Und so stoßen jene Anwälte, die jetzt dem Gericht die Schuld am Selbstmord zuschieben, ins Leere. Denn jene, die das Recht auf Leben auch sonst nicht schätzen, sollten sich hüten, diesen Tod hochzuspielen." Wer darf "diesen Tod" eigentlich "hochspielen", d. h. mit einem Fragezeichen versehen, wenn nicht die engsten Freunde, nicht die Anwälte, nicht die Sympathisanten?

Gibt es doch zweierlei Recht oder wenigstens zweierlei Auslegung dieses Rechts, zweierlei Anwendung dieses Rechts, zweierlei Rechtsanspruch? Und wer einmal gegen das bürgerliche Recht verstoßen hat, und sei es, um mit diesem Verstoß dessen Brüchigkeit, Doppelbödigkeit und Scheinhaftigkeit zu entlarven, hat der damit den Zweck so gründlich erreicht, daß er für vogelfrei erklärt wird, sich aufzuhängen, und damit basta? Da ist die AZ politisch schon gefinkelter, aber gemeiner, indem sie der Ulrike Meinhof präventiv bescheinigt, "Keine Märtyrerin" zu sein. Für den AZ-Kolumnisten steht nämlich fest, daß der Freitod eine ausgekochte propagandistische Tat war, "ein Aufruf zur Aktion, als Versuch, einer Wahnidee wenigstens noch als Märtyrerin zu dienen." Diesen Baader-Meinhof-Leuten muß man noch beim Hungertod und Selbstmord gemeine Motive zutrauen, sonst müßte man sich als einigermaßen anständiger Mensch halt doch fragen, was denn für Gründe und Ursachen, allgemeine und besondere, objektive und subjektive diese Leute doch haben, derart konse-

quent bis ans Ende ihrer Wege zu gehen, und sei es der Tod. Der AZ-Starkommentator begnügt sich aber mit Verleumdungen und Unterstellungen; wie z. B., daß Ulrike Meinhof "die Gesellschaft in eine gewalttätige umlog und damit zu einem Gutteil die Repression erzeugte, die zu bekämpfen sie sich einbildete". Ulrike verfügte vielleicht über eine starke Einbildungskraft, die sie befähigte, die weltweite Repression des Imperialismus in dessen Wurzeln bis in die BRD zurückzuverfolgen; aber sie sah die nackte Gewalt des Staatsapparates bei den Demonstrationen gegen den Foltermonarchen Shah Pahlewi tatsächlich und greifbar,



als der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten völlig grundlos und schuldlos ermordet wurde. Und sie sah vieles andere mehr, Dinge, die zu sehen, keiner besonderen Einbildungskraft bedürfen, die aber hinter dem Talmiglanz der Kaufhäuser den meisten Zeitgenossen nun einmal aus den Augen entschwinden. Ob die Klarsicht der Massen herbeigebombt werden kann, darf bezweifelt werden. Aber daß die Dinge für jeden greifbar und begreifbar da sind, die von den meisten und unter denen von vielen Journalisten hauptberuflich geleugnet oder umgelogen werden, vor allem wenn es um die Schuldigen weltweiten Unrechts und Verbrechens geht, das ist schwer zu bezweifeln.

Daß jemand daran verzweifeln kann, ist ebenfalls mit etwas Phantasie vorstellbar, noch dazu wenn man dem Betreffenden Intelligenz und Sensibilität zubilligt. Da bedarf es nicht jener "Schuldigen", die das VOLKSBLATT in einer Aufwallung nazistischer Emotionen gegenüber linken Professoren und Intellektuellen am liebsten wie einst ihre Bücher auf den Scheiterhaufen von Zeitungspapier sehen würde: "Der Selbstmord der Meinhof treibt sie allesamt aus den Löchern: die Schuldigen, die Verführer, die Mitläufer und die Verführten; der Sumpf gerät in Bewegung." Weiter: "Unter solchen Regimes ist es möglich, daß die Satres, die Marcuses, die Blochs mit romantischer Breitmäuligkeit zum Kampf gegen das "System" aufwiegelten durften." Und: "Bölls Apologien troffen vor Mitgefühl mit den verfolgten Politmörderlein, den Hätschelkindern bundesdeutschen Progressivizastentums." Und das Schlimmste, der Staat "muß Verbrecher, die ihn durch Hungerstreik zu provozieren versuchen, zwangsweise durchfüttern, um nicht als Mörder dazustehen." So ist es, wenn eine faschistische Zeitungsratte einmal offen ihre Meinung sagt. Auch das ist ganz nützlich.

Am ehrlichsten jedoch verhielt sich Frau Ilse Leitenberger von der "Presse". Für sie ist der Tod Ulrike Meinhofs ein "Schlußstrich, nicht mehr". "Ulrike Meinhof hat den Schlußstrich unter ihr verpfushtes Leben gesetzt und sich erhängt". Man spürt hinter dem Tonfall die infame Schadenfreude. "Ihr Selbstmord galt einem verfehlten Leben." Wie jugendlich frisch, wie erfolgreich mag diese Frau Ilse Leitenberger, wie erfüllt mag ihr Leben sein, daß sie derart hysterisch über die Leiche einer Geschlechtsgenossin herfällt und sie mit Druckerschwärze besudelt? Welche tiefe religiöse Erziehung spricht aus ihren Zeilen, welche reine Beziehung zum Leben und zum Mitmenschen! Frau Ilse Leitenberger verkörpert mit ihrer blindwütigen Attacke auf die tote Ulrike Meinhof ein Idealbild bürgerlichen Anstands und Geschmacks. Das Format ist selten und paßt so echt an die Seite eines apokalyptischen Schulmeisters der österreichischen Bildungsbourgeoisie. Diese Mentalität ist unsterblich wie Johann Strauß.

Z. P.



China:

Nur ein Zwischenfall am Tiānanmen?

In der letzten Nummer der "offensiv links" brachten wir einen Artikel, der die Problematik der chinesischen Außenpolitik und jeder linken Politik, die sich kritiklos auf die nationalen Interessen sozialistischer Länder beruft, beleuchtete. Damit sollte eine Diskussion zum für die europäische Linke nach wie vor ungelösten Problem China begonnen werden. Hauptfrage dieser Diskussion ist, ob China in irgendeiner Form eine tiefere Identität mit den Zielen der Arbeiterbewegung aufweist als etwa die Sowjetunion.

Im folgenden Artikel wird aus Anlaß des Sturzes von Deng Hsiao-ping die innenpolitische Situation Chinas behandelt. Dieser Artikel soll keinesfalls ein Plädoyer für Deng Hsiao-ping und seine Linie abgeben, er versucht jedoch, die in der europäischen Linken unreflektiert gebrauchten Kategorien "links" und "rechts" zu relativieren. Es wäre zu bedenken, daß auch die "linksten" führenden Vertreter der KPCh keinen Protest gegen die generelle Linie der chinesischen Außenpolitik zu artikulieren scheinen. Außerdem erweist es sich als notwendig, einige allzu idyllische Vorstellungen über China, wie sie in Teilen der europäischen Linken (und interessanterweise auch in der Rechten!) verbreitet sind, ernsthaft in Frage zu stellen. Dies ermöglicht erst eine Diskussion.

Peking, 14. April 1976

Eine Woche nach den Zwischenfällen am Tiānanmen-Platz, die schließlich zur Absetzung des vorgesehenen Tschou En-lai-Nachfolgers Deng Hsiao-ping geführt hatten, ist das Leben wieder zu seinem alltäglichen Verlauf zurückgekehrt – so zumindest der oberflächliche Eindruck. Die Stufen zum Denkmal der Volkshelden sind noch abgesperrt und von einigen wenigen unauffälligen Armeeposten bewacht, die Polizeistation am südlichen Ende des Platzes, die am 5. April in Brand gesteckt worden war, ist wieder repariert, die Fensterläden und Türstöcke sind leuchtend rot angestrichen, als ob man auch hier weit sichtbar demonstrieren will, daß man die Lage fest im Griff hat.

In den Fabriken wird verhaftet: In Peking allein sind es zweitausend in der ersten Woche nach den Zwischenfällen, in Nacht- und Nebel-Aktionen, die ganz und gar nicht von Stärke zeugen. In den Fabriken wird zur Denunziation aufgefordert: Wer hat Gedichte geschrieben, kopiert? Wer hat Kränze für Tschou En-lai gebracht, andere dazu ermuntert? In einer Fabrik am nördlichen Stadtrand von Peking macht sich eine Delegation zur Sicherheitsstelle auf und fordert – vergeblich – die Freilassung einiger Arbeitskollegen: "Verhaftet die ganze Fabrik, wenn ihr wollt!".

Es waren hauptsächlich Arbeiter und Armeeangehörige, die sich zu den spontanen Demonstrationen am Tiānanmen-Platz zusammengefunden hatten, die "Schanghaier Fraktion" hat ihre Hauptstütze schon längst nicht mehr im Proletariat, sondern an den Universitäten und in Teilen der Parteiorganisation.

Man schlägt den Sack und meint den Esel

Als am 8. Jänner Tschou En-lai starb, fanden die Trauerbezeugungen für den Ministerpräsidenten auch über China hinaus Beachtung. An der technischen Tsinghua-Universität in Peking, einer Hochburg der "Linken", wurde an diesem Tag jedoch in einigen Häusern getanzt und gefeiert: Das Signal für eine neue Ära war gegeben, und man hatte sich nicht verrechnet, die Kampagne gegen Deng Hsiao-ping lief nur wenige Wochen später an.

Die Assoziation zwischen Deng und Tschou, seinem Protektor, wurde auch von den Chinesen gemacht und war keine Spekulation der ausländischen Chinabeobachter. "Man schlägt den Sack und meint den Esel" ist als Sprichwort auch in mehreren Variationen ins Chinesische eingegangen.

Das Totengedenkfest Anfang April bot die Gelegenheit zu einer jener subtilen Aktionen, die die Chinesen in den vielen Jahren angespannten poli-

tischen Klimas gelernt hatten: ohne das Ziel zu nennen, deutlich machen, was gemeint ist. Man bringt tausende Kränze für Tschou En-lai und verspricht, sein Erbe weiter zu pflegen: "Durch Deinen Kampf in der Revolution hast Du uns die Befreiung gebracht, aber neue Teufel sind aufgetaucht. Ruhe Du in Frieden, Tschou En-lai, es sind genug hinter Dir, um diese Teufel niederzuschlagen." schreibt eine Gruppe von der Akademie der Wissenschaften an den Oberlisten in der Mitte des Platzes. In noch deutlicheren Anspielungen werden Djian Tjing, Wang Hung-wen und andere prominente "Linke" angegriffen: "Wir sind für Tschou und nicht für Franco, für Freiheit und Demokratie, nicht für Faschismus, wir wollen keine Scheiß-Kaiserin Tsi Hsi." (Tsi Hsi war die Kaiserswitwe, die vor ihrem Tod 1908 eine gefürchtete Gewaltherrschaft entfaltet hatte, quasi die letzte Bastion des Feudalismus.)

Tiānanmen – eine Provokation?

Von oben war nichts organisiert, aber Mundpropaganda und Wohlwollen auf der unteren Parteiebene gesellten sich zur Spontaneität der Arbeiter und brachten erst diese Massenkundgebung zustande, von der sich die nachgerückten "Linken" bedroht fühlten, die eben erst die Kampagne gegen Deng Hsiao-ping inszeniert hatten. Und es waren mehr als eine kleine Handvoll und nicht nur "Rowdys mit Stoppelglatze", wie es die "Volkszeitung" nachher glaubhaft machen will.

Der größte Kranz kam übrigens vom 7. Maschinenbauministerium, das für Rüstung zuständig ist: ein aus Buntmetall geschweißter Zweieinhalb-Tonnen Kranz mit elf Metern Durchmesser. Hier und in der Armee vermutet man die entschiedensten Anhänger des Vorrangs einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie Deng und Tschou repräsentierten.

War das der Grund, warum es einige Tage dauerte, bis die Behörden ein-

schritten, bis man Armee und Arbeitermiliz mobilisiert hatte, um den Platz zu räumen? "Bist du gegen Tschou?" wurde einer der Soldaten von den Umstehenden gefragt, als er beginnen wollte, Gedichte und Kränze wegzuschaffen, mehrere Tage, bevor die übliche Gedenkperiode für die Toten zu Ende war. "Nein, es ist ein Befehl." – "Wie ist deine eigene Meinung?" – "Ich habe keine." – "Dummkopf!" brüllen die Massen unter Gelächter zurück, "Dummkopf ohne eigene Meinung!" schreien sie, bis er plötzlich mit seiner Koppel nach den Umstehenden schlägt und sich dafür die ersten Prügel einhandelt. Er läuft hinüber zur Großen Volkshalle, wo die üblichen Militärwachen verstärkt sind und wo er sich daher Schutz erhofft. Die Leute folgen und es kommt zu den ersten Schlägereien.

Der Groll ist einmal entfacht, als aus der nahen Polizeikaserne Verstärkung anrückt, werden die vier Autos aufgehoben und in Brand gesteckt, nach den ersten Verhaftungen auch das Polizeikommissariat. Tausend Verletzte werden schließlich in die Spitäler eingeliefert, ein Großeinsatz von Miliz, die nur mit Schlagstöcken bewaffnet ist, und politische Überredung und Warnung bringen den Aufruhr unter Kontrolle.

Die Hintergründe des Konflikts

Aber Deng Hsiao-ping ist keinesfalls bloß eine Personalfrage gewesen, und neben dem zukünftigen Kurs der Partei und des Staates spielte die unbewältigte Vergangenheit eine wesentliche Rolle: im Falle Chinas die Kulturrevolution. Sie war es, die nach 1966 mit der Nachahmung des sowjetischen Modells endgültig gebrochen hatte und vor allem im Bildungswesen, aber auch in anderen Bereichen, ein Entwicklungsmodell bestätigte, das speziell auf die Bedürfnisse einer noch nicht industrialisierten Gesellschaft mit egalitären Ansprüchen abgestimmt war. Aber abgesehen davon, daß in der Realität die Ansprüche dieses neuen Entwicklungsmodelles zum Teil nie verwirklicht wurden (zum Beispiel die basisdemokratische Kontrolle) und sogar in ihr Gegenteil verkehrt wurden (Personenkult und faschistoide Tendenzen, wie sie in China selbst in Wandzeitungen analysiert und kritisiert

wurden), hat die Kulturrevolution auch Fraktionismus, unkontrollierte Aktionen, bewaffnete Auseinandersetzungen (Tschou En-lai sprach in einem Interview mit Edgar Snow einmal von mehreren hunderttausend Opfern!), personelle Demütigungen und Säuberungen mit sich gebracht, die keinesfalls immer genau nach politischen Trennlinien verlaufen sind und die auch nachher nie einer politischen Klarstellung unterzogen wurden. Zehntausende kleiner Kader und Funktionäre kamen (ohne politische Rehabilitation) nach 1969 wieder allmählich auf ihre Posten zurück, die sie vorübergehend verloren hatten. Deng Hsiao-ping mag ihnen wie ein Symbol ihrer eigenen Positionen erschienen sein, die Kritik am ehemaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten hat zweifellos – unabhängig von inhaltlichen Fragen – Befürchtungen auch an anderer Stelle entzündet.

Kulturrevolution: über's Ziel hinaus?

Bei den sachlichen Problemen stand das Erziehungswesen wiederum im Mittelpunkt: Wandzeitungen an den Universitäten zitierten Deng, der ein Mißverhältnis zwischen politischem Studium und fachlicher Ausbildung sah und einen Niveauabfall im Bildungswesen befürchtete: "Heutzutage wird in den Lehranstalten verbreitet, nichts zu lernen bedeute, die Mao Tse-tung-Ideen zu verwirklichen. Das ist eine Verleumdung der Mao Tse-tung-Ideen." Und an anderer Stelle sagt Deng: "Ist das etwa keine Rück-

kehr zum Alten, wenn das Niveau der modernen Erziehung absinkt?" Vor allem die Angst der Wissenschaftler, Techniker und Intellektuellen, in ihrem Fach theoretische Arbeit zu leisten, also die Überdehnung der Forderung nach Praxisnähe, steht im Mittelpunkt der Kritik Dengs: "Ein Genosse der Akademie der Wissenschaften sagte, die 150.000 Kader aus Wissenschaft und Technik wagen nicht, die Bibliotheken zu betreten, aus Angst, als Bücherwürmer verschrien zu werden. Jeder hat Angst, die Jungen und die Alten noch mehr. Eben aus diesem Grund bleibt unsere Technik zurück", meinte Deng im September 1975 und fügte noch hinzu: "In allen Landesteilen kann man beobachten, daß nicht die Menschen, sondern die Mäuse die ausländischen Fachzeitschriften lesen." Oder an anderer Stelle: "Die Mao Tse-tung-Ideen und der Marxismus-Leninismus, alles das sind doch auch Theorien, sollen wir etwa auch diese Theorien verurteilen? Alle Ministerien brauchen theoretisch geschulte Akademiker, aber diese Leute kommen daher und kritisieren sogar in den wissenschaftlichen Akademien das Studium der Theorie... Die Theorie muß rehabilitiert werden."

Einen harten Brocken setzte Deng Hsiao-ping auch den auf Einheitskost getrimmten Kulturschaffenden vor: Zur reformierten "revolutionären" Peking-Oper meint er (in Anlehnung an die Weisung Mao Tse-tungs "Laßt hundert Blumen blühen!"): "Es geht nicht an, daß nur eine einzige Blume



Wandzeitung



blüht. Wenn es noch andere gibt, laßt auch sie blühen." – "Die Eintrittskarten für die Musterstücke der revolutionären Bühnenkunst können nicht mehr verkauft werden. Viele Leute können die Texte ganzer Stücke schon auswendig." Und was er von den Peking-Opern hält, die unter Djiang Tjing regelmäßig an die neuen Wendungen der Parteilinie angepaßt werden (und die im ganzen Land bis ins kleinste Detail am Bühnenbild, in der Kleidung und in der Gestik genau gleich aufgeführt werden, ohne eine Möglichkeit des schöpferischen Zutuns der einzelnen Ensembles und Schauspieler), demonstrierte Deng, als er einmal eine solche Veranstaltung unter Protest verließ.

Der wirtschaftliche Aufbau, die Schaffung einer ökonomischen Basis sollten nach Deng Hsiao-ping im Augenblick den Vorrang vor allen anderen Problemen haben. "In der Partei existiert gegenwärtig eine abnorme Situation, viele Genossen fürchten dies, fürchten jenes, fürchten alles mögliche, nur, daß der Aufbau des Landes nicht gut vorangehen könnte, fürchten sie nicht." Und dazu sollten die fähigsten und fachlich qualifiziertesten Leute beitragen, nicht die, "die bloß den Lokus besetzt halten, ohne zu schießen."

Es ist letztlich wiederum die Theorie, daß die Entwicklung im Überbau der an der ökonomischen Basis vorausgeeilt war, daß die Produktionsverhältnisse des Entwicklungslandes China

noch gar nicht jenes "reine sozialistische Bewußtsein" bringen könnten, das in der ideologischen Auseinandersetzung gefordert wird. Der Autor einer Wandzeitung, die 1974 in Kanton große Verbreitung fand, hatte es deutlicher ausgesprochen: Warum kämpft man mit den "bourgeois Elementen und Überresten", wenn die feudale Vergangenheit die politischen Verhaltensformen – auch in der Partei – noch weitgehend prägt?

Das Etikett "links" oder "rechts" ist in diesem Zusammenhang von relativ geringem Aussagewert, zu sehr wurde es in der polemischen Auseinandersetzung verbraucht. Aber es besteht die Gefahr, daß wiederum die Bewegung personalisiert wird, und die sachlichen Probleme (um die es eigentlich gehen sollte), in der Praxis zu kurz kommen – so wie in der Kulturrevolution, und so wie nach dem Sturz Lin Biaos, wo intensiven Kampagnen zwar Kämpfe um Posten und Pfründe folgten, inhaltliche Entscheidungen jedoch weitgehend ausblieben. Oder wie es ein Gedichteschreiber am Denkmal der Volkshelden formulierte: "Ein glänzender Stern ist vom Himmel gefallen, das erfüllt uns mit Trauer. Aber eine schön geschminkte Königin will in den Himmel hinauf und den leeren Platz einnehmen. Alleine wagt sie es nie, ihr Gefolge soll mit hinauf. Sie denkt nur daran hochzukommen, aber das Volk lassen sie unten liegen."

Helmut Opletal



LIP:

Tod oder neuer Beginn

Am 3. Mai verfügte das Handelsgericht in Paris die Liquidierung des Besitzstandes der SEHEM-Holding, jener Gesellschaft, die die LIP-AG seit 1974 verwaltet. Ein Schritt, der möglicherweise zu einer neuen Demonstration der Stärke der LIP-Arbeiter führen, der aber mit mindestens ebenso großer Wahrscheinlichkeit der Schlußstrich unter diesem Kapitel der französischen Klassenauseinandersetzungen sein kann.

Erinnern wir uns kurz an den Beginn dieses Konflikts. Im April 1973 meldete die Uhrenfabrik LIP, die nebenbei auch noch Werkzeugmaschinen

und Waffen produziert, den Konkurs an. Die Firma aus Besançon, nahe an der schweizer Grenze, hatte zirka 300 Millionen Schilling Schulden und 1300 Arbeiter mußten um ihre Existenz bangen. Dies umso mehr, als die Zahlungsunfähigkeit von der Geschäftsleitung kalkuliert zu sein schien: LIPs größter Aktionär und gleichzeitig größter Kreditgeber und Kunde war der schweizer Multi Ebauche-AG. Er hatte die französische Tochterfirma gezwungen, Halbfertigprodukte zu überhöhten Preisen zu kaufen und die eigene Forschungsabteilung aufzugeben (LIP hatte 1952 die erste elektrische Uhr auf den Weltmarkt gebracht).

LIP steuerte auf das Ziel zu, nur mehr der Montagebetrieb für die Ebauche-AG zu werden. Und was lag näher als der Verdacht, daß ein absichtlich herbeigeführter Konkurs den entscheidenden Beitrag dazu liefern sollte. Der Konkursverwalter wurde daher von den Arbeitern aus dem Betrieb gejagt und in den folgenden zwei Monaten die Produktion in Selbstverwaltung weitergeführt. Am 15. August 1973 räumte schließlich eine Spezialeinheit der Polizei mit Gewalt die Firma. Die Arbeiter hatten jedoch vorher noch den Produktionsmechanismus lahmgelegt, indem sie unumgänglich notwendige Maschinenteile ausbauten und versteckten. Als Faustpfand nahmen sie – von der Polizei bis zum Ende des Konflikts vergeblich gesucht – das aus 65.000 Uhren bestehende Lager mit. Eine ungeheure Welle der Sympathie und Solidarität, nicht nur innerhalb Frankreichs, sondern auch international, brandete den LIP-Arbeitern entgegen. Sie bekamen vom Bürgermeister und vom Erzbischof von Besançon Räume zur Verfügung gestellt, in denen sie in reduziertem Maße weiterproduzieren konnten. Im Frühjahr 1974 wurde der Konflikt für damals beigelegt ("offensiv links", März 1974).

Eine Gruppe französischer Großindustrieller hatte einen großangelegten Rettungsplan ausgearbeitet, da sie vor allem fürchteten, das Beispiel LIP könnte bei künftigen Arbeitskonflikten Schule machen. Gleichzeitig suchten einige Sozialdemokraten zu beweisen, daß sie die besseren Kapitalisten seien. Der ökonomische Berater SP-Sekretärs Mitterrand, Michel Rocard, und der ebenfalls rechtssozialistische Marketingfachmann Claude Neuschwander schritten zur Tat. LIP sollte an einer staatlichen Finanzspritze von 7 Millionen Francs zur Abdeckung der bis 1973 angelaufenen Schulden und an diversen privatkapitalistischen Investitionen (66% französisches, 34% Schweizer Kapital) genesen. Die Rettung des Unternehmens sah für die Arbeiter allerdings bei weitem nicht so rosig aus, wie es das "linke Management" vorweisen wollte, wie es manchmal auch eine gewisse falsch verstandene Solidaritätsbewegung glaubte und glauben machte.

Die von den 1300 ehemaligen Arbeitern verbleibenden 942 – der Rest hatte sich entweder einen anderen Job ge-

sucht oder hatte inzwischen das Ren-tenalter erreicht – fanden bei Wieder-eröffnung des Werkes nur ungefähr zu 70% Aufnahme. Dafür verpflichteten sie sich, 1974 keine Lohnforderungen zu stellen, und lieferten auch ihren "Kriegsschatz", d.h. das Uhrenlager, aus, das nach eigenen Angaben noch lange Zeit zu "wilden Lohnzahlungen" gereicht hätte.

Die kommerziellen Anfangserfolge unter der Direktion Neuschwander wurden durch die einsetzende kapitalismusweite Rezession einerseits und eine spezielle Krise der europäischen Uhrenindustrie andererseits abgelöst.

Seit Juli 1975 wurden die vorausbe-rechneten Absatzzahlen LIPs nicht mehr erreicht, die Lager wuchsen. Da es sich bei den LIP-Kreationen groß-teils um hochmodische Modelle han-delt, verfiel der Preis der Uhren im Verhältnis ihrer Lagerzeit. Seit dem 1. Februar 1976 war sogar ein Umsatz-rückgang von 1 Million Francs pro Woche zu verzeichnen.

Die Krise bei LIP ist allerdings, wie schon angedeutet, nur Teil einer die gesamte westeuropäische Uhrenindu-strie umfassenden Marktschwäche. Allein in Frankreich mußte diese Bran-che im ersten Drittel 1976 einen Um-satzrückgang von 18% hinnehmen.



Delegation von LIP-Arbeitern auf einer Solidaritätsveranstaltung für die Bauern von Larzac, die einem Militärlübungs-gelände weichen sollten. (1974)

Dies rührt zum einen von den Billigst- importen aus den sozialistischen Län- dern her, deren Erzeugnisse um mehr als die Hälfte unter dem Preis franzö- sischer Zeitmesser angeboten werden. Zum anderen hat es seine Ursache in der Konkurrenz US-amerikanischer und japanischer Firmen, die – tech- nisch überlegen – mit ihren Quarz- uhren nach Schätzungen bis 1980 ein Drittel bis die Hälfte des Weltbedarfs decken werden.

Die Krise der französischen Uhrenindu- strie ist aber des weiteren auch eine Strukturkrise des Departements Haut- Doubs mit seiner Hauptstadt Besançon. Hier werden in 214 Unternehmen mit rund 10.500 Beschäftigten 60% der jährlich in Frankreich verfertigten Uhren (das sind rund 10 Millionen) produziert. Schon seit 1750 gibt es in dieser Region eine industrielle Mono- kultur. Teilweise bestehen diese Be- triebe nur aus Chef und Sekretärin, da die Uhren in Heimarbeit in einem manufakturartigen System (ein Hand- werker stanzt Gehäuse, der zweite Zeiger usw., der letzte baut zusam- men) hergestellt werden. Darüber- hinaus arbeiten 3.000 Uhrmacher als Grenzgänger in der nahen Schweiz. Aber vor wenigen Monaten waren es noch zwei Drittel mehr: Die Schwei- zer Unternehmer haben die französi- schen Gastarbeiter heimgeschickt. Die industrielle Struktur der Gegend bringt es mit sich, daß, wer hier ar- beitslos wird – und das sind schon 3.600 – keinen Arbeitsplatz mehr findet, solange sich die gesamte Uh- renindustrie nicht erholt. Das scheint sie aber nicht, siehe oben.

Die Belegschaft von LIP führt die der- zeitige Situation ihres Unternehmens eher auf die Schuld der Geschäftslei- tung zurück, speziell seit Neuschwan- der am 20. Februar einem Manager von rechtem Schrot und Korn weichen mußte. Sie werfen dem Aufsichtsrat vor, das Unternehmen zu sabotieren und so im nachhinein ein Exempel an ihnen zu statuieren. Dies ist nicht un- richtig: Schon vor Neuschwanders Ab- gang wurden verschiedene, für die Geschäftsentwicklung abträgliche Ge- rüchte verbreitet. Auch das bei der Wiedereröffnung 1974 vorgesehene Einlagekapital von 29 Millionen Francs wurde nur zu einem Viertel angelegt, sodaß LIP auf Bankkredite zurückgreifen mußte, deren jährliche Rückzahlungsrate sich auf 2,2 Millio- nen Francs beläuft.



Der Fall LIP wirft neuerlich eine Frage auf, die die KPF von anderen linken Gruppen Frankreichs trennt: Soll das Schwergewicht der Klassenauseinan- dersetzung auf betrieblicher oder nationaler Ebene liegen? Eine Antwort darauf würde weit über den Rahmen dieses Artikels hinausweisen: nur so- viel soll festgestellt werden, daß die Frage, in dieser Ausschließlichkeit gestellt, nicht sinnvoll erscheint. Klar ist jedenfalls, und das war es vor allem den LIP-Arbeitern selbst, daß man keine sozialistische Insel der Selbstverwaltung im Kapitalismus sein kann. Ebenso klar ist aber auch, daß Ausbeutung eine Gesetzmäßig- keit des Kapitalismus und keine Frage der Moral ist. Daher war Neuschwan- ders Konzept eines sozialdemokrati- schen Reformkapitalismus vorausseh- bar zum Scheitern verurteilt.

Die Arbeiter dieser Uhrenfabrik, die schon in der letzten Zeit im Werk Nachtwachen abgehalten hatten, hal- ten dieses seit dem gerichtlichen Liquidationsentscheid wieder besetzt. Die 894 Beschäftigten, denen bereits die kollektive Kündigung ausgespro- chen wurde, haben am Wochenende vom 8. Mai/9. Mai einen Tag der offenen Tür abgehalten. 15.000 ka- men auf diese Einladung hin, darun- ter Abordnungen verschiedener Be- triebe aus ganz Frankreich und Ver- treter linker Gruppen und Parteien.

"LIP c'est fini" – LIP ist erledigt – hatte 1974 der damalige Premier- minister Mesmer erklärt. Das Ge- werkschaftskomitee LIPs hat am 10. Mai den Kleinhändlern zuge- sichert, sie weiterhin mit Uhren zu beliefern. Ist LIP wirklich erledigt?

R. H.



In den letzten Ausgaben von "offensiv links" brachten wir Artikel, die sich mit den einzelnen Ländern und der allgemeinen Situation des indochinesischen Raumes befaßten. Im folgenden Artikel werden die Bemühungen der USA behandelt, den veränderten Kräfteverhältnissen und den Folgen aus ihrer Niederlage im südostasiatischen Raum Rechnung zu tragen. In den kommenden Nummern von "offensiv links" wird dann näher auf die bisher wenig oder gar nicht behandelten Länder dieser weltpolitisch so bedeutsamen Region eingegangen werden.

Die gesamtvietnamesischen Wahlen sind in der westlichen Welt von den Kommentatoren oft nur belächelt worden. Es gab keine alternativen Listen und Kandidaten. Also waren es keine freien, keine eigentlichen Wahlen. Übersehen wurde dabei die epochale Bedeutung dieses Referendums über die endgültige Wiedervereinigung beider Landesteile, die jahrzehntelang gewaltsam getrennt waren. Damit übernimmt Vietnam wieder seine dominierende Rolle in diesem Raum als neben China die geographisch, wirtschaftlich und politisch stärkste und dynamischste Nation voll revolutionärem Veränderungswillen, weder der SU ganz verpflichtet, noch der VR China besonders verbunden: die politische Distanz zu beiden nimmt umgekehrt proportional zur geographischen Entfernung zu der jeweiligen Großmacht zu.

Greuelmärchen über Kambodscha

Nach den "Illustrierten"-Greuelmeldungen über Kambodscha, die durch die selbstauferlegte Isolation des Landes ins geradezu krankhaft Phantastische gesteigert werden, kam wieder einmal die kalte Dusche für unsere heißen Krieger von der bunten Pressefront. Ein nach Thailand geflohener ehemaliger Offizier der Lon-Nol-Söldnerarmee bestätigte zwar die strenge Lebensweise und das enorme Aufbautempo in Stadt und Land, doch bot er andere Erklärungen für viele Phänomene an, als diese von jenen Flüchtlingen erzählt wurden, die erst nach intensiver Aussprache mit den CIA-Beratern in Thailand der neugierigen Presse vorgeführt wurden. Wir zitieren aus der Süddeutschen Zeitung: "Die von den Roten Khmer vorgenommene Aussiedlung der Stadtbewohner aufs Land hat nach Darstellung des Flüchtlings zwei Hauptgründe. Entscheidend dabei seien Erwägungen der Sicherheit und die Absicht gewesen,

die Lebensmittelversorgung sicherzustellen."

USA: neue Formen, alte Ziele

Die Allianz südostasiatischer Nationen, abgekürzt ASEAN, wurde vor neun Jahren als politisch-propagandistisches Unterstützungsinstrument der US-Aggression in Indochina ins Leben gerufen. Der Allianz gehörten Thailand, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Indonesien an. Am 23. und 24. Februar dieses Jahres hielten diese Länder in Bali ein Gipfeltreffen ab. Japan und Australien entsandten Vertreter mit Beobachterstatus. Einige nichtssagende Resolutionen wurden verabschiedet, Vereinbarungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit getroffen und weitgehende Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der zukünftigen Rolle der Allianz festgestellt. Gemeinsamkeit wurde nur erzielt bezüglich der befürchteten Auswirkungen eines neuen Indochina auf die innere Opposition der einzelnen Länder und ihrer Zurückdämmung.

Das Ganze sieht nach Vergatterung durch die USA aus. Sie nehmen seit ihrer Niederlage eine strategische Überprüfung und Umgruppierung ihrer Stützpunkte und Einflußzonen vor. Die nördliche Bastion liegt in Japan, auf Okinawa und in Süd-Korea. Ford hat zur Verteidigung des korrupten Park-Regimes selbst den Einsatz von Atomwaffen versprochen. Weiter südlich folgen die Stützpunkte auf den Philippinen, in Subic-Bay und Clark zusammen mit Guam und den Mikronesischen Inseln mit dem wichtigen Marinestützpunkt in Tinian. Noch weiter südlich kommen die ASEAN-Länder Malaysia, Singapur und Indonesien und die letzten verbliebenen kontinentalen Stützpunkte in Thailand. Abgeschlossen wird die Kette im Süden von den Stützpunkten an der Nordwestküste Australiens.

Die Entwicklung der politischen Lage in Thailand birgt für die USA trotz einer durch die Abwahl Kikrit Pramojs gegebenen Atempause die durchaus reale Möglichkeit des endgültigen Verlusts dieser Stützpunkte in sich. Sie müssen sich beizeiten nach einem geeigneten Ersatz umsehen. Wo? Eine Möglichkeit bieten die Philippinen, wo Marcos unter geringem innenpolitischem Druck steht als die Regierung in Thailand, vor allem aber auch wegen ihres Inselcharakters ohne feste Grenzen zu den indochinesischen Staaten. Auch Indonesien spielt eine wichtige Rolle in den strategischen Überlegungen der USA, nicht zuletzt wegen seiner laufenden Aktion bei der Niederschlagung der revolutionären Bewegung in Timor, deren Sieg für die USA eine weitere schwere Schlappe bedeuten würde. Und da gibts noch Malaysia, wo die Amerikaner sich darauf konzentrieren, die Stabilität des proamerikanischen Regimes durch massive Waffen- und Militärhilfe zu gewährleisten. Aber es sind durchaus nicht nur Probleme militärischer Natur, die gelöst werden müssen, um eine Ausbreitung der indochinesischen Revolution auf den gesamten südostasiatischen Raum zu verhindern. Alle diese Länder sind dicht bevölkert, vor allem die Städte brodeln über vor Elendsvierteln. Die Regierungen sind mit Schuldenbergen überlastet gegenüber der Weltbank, den industrialisierten kapitalistischen Ländern und verschiedenen internationalen Bankkonsortien. Dazu kommt die Verteuerung des Erdöls und die Auswirkungen der weltweiten Rezession.

Die Rolle von UdSSR und China

Wie verhalten sich nun die zwei rivalisierenden Großmächte China und SU strategisch diesem Raum gegenüber?

Beide Mächte kämpfen um Einfluß in Asien. Ihre Wirtschaftshilfe an diese Länder ist im Vergleich zu anderen Regionen der Welt bemerkenswert hoch. Indonesien hätte an die SU Schulden in Milliardenhöhe (in Dollars) zurückzuzahlen, tut es aber nicht. Trotzdem unterhält die SU zu Indonesien betont freundschaftliche Bezie-

hungen. Die Chinesen, die in Indonesien eine schwere strategische Niederlage einzustecken hatten, orientieren sich mehr auf die Philippinen. Im Februar dieses Jahres war eine chinesische Delegation dort auf Rundreise. Frau Marcos wurde in Peking auf netteste Art willkommen geheißen. Die Chinesen argumentieren mit ihrer Theorie von den nach Unabhängigkeit strebenden Völkern und Staaten und sehen in den ASEAN-Ländern Beispiele für eine ökonomische Gruppierung zur Bekämpfung des Hegemoniestrebens der Supermächte USA und SU.

Anders die Indochinesen, insbesondere die Vietnamesen. Sie haben keinerlei Illusionen über die amerikanischen Intentionen im Pazifik und über die ASEAN. Im folgenden einige Auszüge aus dem Artikel einer vietnamesischen Zeitschrift, der von Radio Hanoi am 12. Februar zitiert wurde: "Nach einem bekanntgewordenen Projekt der USA sind diese bestrebt, neue strategische Positionen zu schaffen unter Benützung Japans, der Philippinen und Indonesiens als Hauptkette von Stützpunkten, die mit der Nordwestasiatischen Frontlinie in Südkorea, Japan und Taiwan sowie einer neuen südlichen Linie in Thailand, Malaysia und Singapur kombiniert wird." Insbesondere wird hier auf die steigende Aufrüstung Japans hingewiesen unter dem Aspekt, daß die USA am Pazifik mehr denn je interessiert sind nicht zuletzt auch wegen der riesigen Investitionen vor allem der Rockefeller-Gruppe für Ölbohrungen an der westlichen Kontinentalküste und im gesamten Südostasien.

(Nach "Vietnam International",
Jän./Feb./März, herausgegeben
von Peggy Duff, London.)

Z. P. ★



US - Wahlkampf :

Politischer Muhammed Ali gesucht

Kandidaten, die sich wie wandelnde Klischees bewegen, kabarettistische Auftritte und bizarre Ansichten; der amerikanische Wahlkampf wirkt auf den ersten Blick wie eine Satire und verleitet dazu, journalistische Deutungen des "amerikanischen Nationalcharakters" zu akzeptieren. Um die Situation zu entwirren, muß man sich den spezifischen Charakter des "demokratischen Prozesses" im US-Spätkapitalismus vergegenwärtigen.

Bei einem Wahlkampf laufen vier Phasen ab, die getrennt untersucht werden müssen.

1. Zuerst sammeln sich wirtschaftliche und politische Machtgruppen um einen Kandidaten, der ihre konkreten innen- und außenpolitischen Bedürfnisse vertritt. Interessengruppen in Kapital, Produktion und Handel polarisieren sich und entwickeln den Grundriß einer Plattform oder Linie.
2. Nun verteilen sich mittlere und kleinere Interessengruppen, bilden Koalitionen, schließen Kompromisse. Sie geben ihre finanzielle und personale Unterstützung dem Kandidaten, der ihre Linie vertritt oder am ehesten vertritt. Während es bei der ersten Phase um grundlegende Fragen politischer Stellungen geht, geht es bei dieser zweiten Phase um einzelne Themenkreise, etwa um die Vergabe von Regierungsaufträgen.
3. Nachdem sich jetzt ein Block von Interessen um einen Kandidaten organisiert hat, beginnt der eigentliche Wahlkampf. Man bemüht sich um bestimmte Wählerblöcke, indem man mit ihren Sprechern Vereinbarungen trifft. (Beispiel: Martin Luther King Sr. unterstützt Carter.)

Diese Vereinbarungen betreffen wiederum einzelne Aspekte der gesamten politischen Linie. Zusagen über Arbeitslosenunterstützung und Wohlfahrtsgelder gewinnen dem Kandidaten die Unterstützung schwarzer Wählerkreise; seine Haltung bezüglich Waffenlieferungen an Israel bringt ihm die Unterstützung der sogenannten "Jewish vote". (=Jüdische Stimmen)

4. Zuletzt geht es um die Masse der parteiungebundenen Wähler. Nur in den seltensten Fällen ist sie mit konkreten politischen Themen zu gewinnen. Meist geht es um die Persönlichkeit und das Auftreten der Kandidaten und um ihr Geschick im Einsatz emotionsgeladener, populärer Volksanliegen.

Der Wahlkampf ist also eine doppelte Mobilisierung: eine Mobilisierung von Macht (Geld und Einfluß etc.) und eine Mobilisierung der Wähler. Der Kandidat repräsentiert eine vollständige Linie, die aber im eigentlichen öffentlichen Wahlkampf eher irrelevant ist: er wird mit Einsatz einer kompletten Werbe- und Absatzstrategie auf den Markt gebracht, und nur die dünnste Oberfläche seiner politischen Stellung wird jemals öffentlich diskutiert. Die Plattformen bestehen aus einer Mischung echter politischer Grundsätze und Entscheidungen, die im Lauf der Phasen eins bis drei herausgearbeitet werden und dramatischer Scheinfragen, die vor dem Publikum der Wähler vorgetragen werden.

Wenn wir die Informationen über die drei Kandidaten einfach auflisten, können wir anschließend die Hauptunterschiede herausarbeiten.

Ford vertritt im Grunde genommen eine Fortsetzung der Politik Nixons.

Vietnam und Angola haben zu Revisionen in Strategie und Taktik geführt; prinzipiell aber hat sich die Interpretation der außenpolitischen Interessen der USA nicht geändert. Die scheinbare Wandlung in der Haltung gegenüber den Befreiungsbewegungen in Afrika ist mit dem ähnlich abrupten Wandel in der Einstellung zu Militärregierungen während den fünfziger Jahren vergleichbar; damals sah man die Möglichkeit der Zusammenarbeit etwa mit Nasser.

Durch verbale Fortschrittlichkeit gegenüber afrikanischen Bewegungen schafft man sich die Möglichkeit: erstens in wandelnden politischen Situationen seine wirtschaftlichen Interessen zu wahren, was infolge der US-Linie etwa in Äthiopien nicht möglich war, zweitens Prioritäten und Einflusssphären neu zu definieren, sich also das Recht vorzubehalten, in Lateinamerika direkt zu intervenieren, während man drittens unverändert durch Wirtschafts- (also Handels- und Kredit-) politik und Unterstützung von Regimestabilität durch Förderung paramilitärischer und militärischer Truppen die strukturellen Eigenschaften des status quo untermauert. (Z. B. Strategie des CIA zur vorbeugenden Bekämpfung von aufständischen, revolutionären Bewegungen.)

Kontinuität mit der Nixon-Linie finden wir auch innenpolitisch, etwa in Fords negativer Haltung gegenüber den Wohlfahrtsprogrammen, Arbeitslosenunterstützung und Förderungsprogrammen für rassistische und ethnische Minderheiten.

Reagan vertritt dieselbe Gruppe des Kapitals, weicht aber in der außenpolitischen Verwirklichung ihrer Interessen von Ford ab. Wo Ford eine "ideologische Konkurrenz" (also den Anschein einer "offenen" Außenpolitik) anstrebt, repräsentiert Reagan die sogenannte "harte Linie". In der vierten Phase des Wahlkampfes, in der Öffentlichkeit also, wirkt diese Linie wie Cowboypolitik. ("Wir haben den Panama-Kanal bezahlt, wir haben ihn gebaut und wir werden ihn auch behalten.") Ihm eilt der Ruf eines aktiven Antikommunisten voraus: bei der Kommunistenhetze in Hollywood beteiligte er sich als Informant. Als kalifornischer Gouverneur trat er mit harten Maßnahmen gegen die linke Studentebewegung auf. Mit dem Leitsatz

"ohne Arbeit kein Lohn" trug er die protestantische Ethik in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wegen seiner Einstellung zur Wohlfahrt fällt das schwarze Wählerpotential eher auf Carter; weil er ein Gegner der Abtreibung und des ERA (Equal Rights Amendment = Gleichberechtigungsforderungen) ist, stehen die bürgerlichen Frauengruppen eher hinter Ford. Er ist gegen Preiskontrollen nationaler Ölindustrie und gegen Waffenkontrolle, gegen staatliche Einmischung in das Schulwesen und das Gesundheitsprogramm, gegen Entspannung und den starken Staat, gegen Entwicklungshilfe, das ausgedehnte Arbeitslosenprogramm und jede Erhöhung der Steuern.

Carter vertritt die Interessen der Agrarindustrie. Seine Politik ist protektionistisch, scheinbar "isolationistisch". Während Ford und Reagan mit verschiedenen Schwerpunkten die expansiven Kapitalinteressen vertreten (Auslandsinvestitionen, Konstruktion von Produktionsanlagen in der "Dritten Welt" usw.) stehen die nationalen Handelsinteressen eher hinter Carter. Stark vereinfacht kann man sagen, daß Reagan und Ford eher den internationalen, Carter eher den nationalen Teil des Kapitals repräsentieren. Daraus erklärt sich die unterschiedliche Haltung gegenüber nationalen und internationalen Peripherien: Carter ist eher daran interessiert, eine pazifizierte, ruhige interne Kolonie zu haben. Daher macht er Zugeständnisse an die Schwarzen, daher hat er auch die Unterstützung der weißen Bourgeoisie des Südens. Die rassistischen Minderheiten sollen geographisch isoliert, materiell befriedet und so unsichtbar wie möglich sein. Ford und Reagan hingegen haben eher ein Interesse an der "Dritten Welt". Der multinationalen Industrie und dem Finanzkapital liegt mehr an stabilen und befriedeten Gruppen in den sogenannten Entwicklungsländern, um die Sicherheit ihrer Investitionen und ihrer Begünstigungen zu garantieren. Der Ausgang der Wahlen reflektiert höchstens das Kräfteverhältnis der wirtschaftlichen Interessen; er bestimmt nicht. Die Präsidentschaftswahlen haben einen doppelten Zweck. Erstens messen sie die relative Macht der wirtschaftlichen Gruppen, hier ist der Ausgang der Wahlen aber nur ein bestimmender Faktor,

nicht eine Entscheidung. Zweitens erfüllen sie eine rituelle Legitimierungsfunktion. Das öffentliche Auftreten der Kandidaten ist im Zusammenhang mit dieser zweiten Funktion zu verstehen. Claus Offe schreibt, daß das Legitimationsproblem in der bürgerlichen Gesellschaft bislang durch "Befriedung durch Verteilung" (z. B. Sozialleistungen) gelöst wurde. Diese Lösung ist in der Gegenwart aus verschiedenen Gründen problematisch. Erstens ist sie teuer und erfordert unproduktive staatliche Ausgaben, die bei der gegenwärtigen Finanzsituation des US-Staates nicht realistisch sind. Zweitens setzen sie eine Entscheidung über die gewünschten Autoritätsmuster voraus; es kann sinnvoller erscheinen, potentiell aufrührerische Minderheiten wie etwa die Schwarzen durch direkten Zwang unter Kontrolle zu halten als durch erhöhte Wohlfahrtsgelder. Diese beschriebene Spaltung (Distribution oder Zwang) findet man ebenso in der Außenpolitik. Hier stehen sich die eher distributive Lösung Fords und die offene Remilitarisierung der Interessen durch Reagan gegenüber. Innenpolitisch gibt es noch eine weitere Alternative zu Distribution und Zwang. Es bleibt die Möglichkeit einer ideologischen Mobilisierung durch Manipulationen falscher Bewußtseinszustände bei den Massen. Vorhandene Vorurteile, Nationalismen usw. bestimmen jedoch nicht den Inhalt, sondern nur das Vokabular und die Darstellung der Politik. Dafür gibt es in der Geschichte der USA zahllose Beispiele. Einen Krieg der nördlichen Industrieeleiten gegen die südlichen Agrarelite kann man als Krieg für die Wiederherstellung der nationalen Einheit, für die Abschaffung der Sklaverei, für den Schutz der Arbeiter des Nordens, für die Dynamik der Landwirtschaft des Westens usw. darstellen, um die Bevölkerung zu mobilisieren. Der Ausgang des US-Wahlkampfes sagt daher nichts Entscheidendes über die weitere Entwicklung der US-Politik nach innen oder nach außen aus. Als Informationsquelle über den Stand der öffentlichen Meinung in den USA gibt er höchstens Aufschlüsse über die Rationalisierungen und die Terminologie, mit denen die wirklichen Entscheidungen gerechtfertigt werden.



Romanistik:

Es geht auch anders

Was anfangs als persönliche Meinungsverschiedenheit des Lehrbeauftragten FRANÇOIS MONGENOT mit einem Studienrichtungsvertreter hingestellt wurde, entlarvte sich im Laufe der Wiedereinstellungsverhandlungen immer deutlicher als Deckmantel für die politischen Hintergründe der beabsichtigten Entlassungen FRANÇOIS MONGENOT'S.

Ungefähr acht Wochen kämpften etwa 150 Studenten am Romanistischen Institut für die Vertragsverlängerung von MONGENOT. Eine Unterschriftenliste, die zur Weiterbeschäftigung des Lehrbeauftragten aufforderte, ergab 400 Unterschriften, das sind ca. 50 Prozent der aktiv Studierenden.

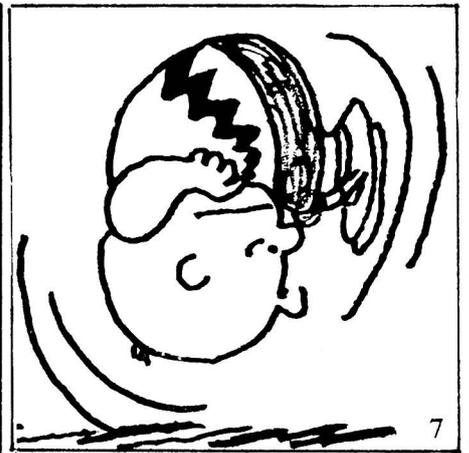
Der Professor der Linguistischen Lehrkanzel, Wolfgang POLLAK bedauerte es bald, F. MONGENOT vor Semesterschluß über die Nichtverlängerung seines Vertrages informiert zu haben. Denn hätte er das nicht getan, dann wären die Studenten auf Ferien gefahren noch bevor sie von MONGENOT'S Entlassung erfahren hätten. So aber bewegten sich die Studenten, riefen zur Solidarität auf, wollen ihren Lehrbeauftragten wieder haben. Für sie zählen primär und vor allem die didaktischen Fähigkeiten und der sprachliche Nutzen, den sie aus den (Pro-)Seminaren ziehen. Und beides erfüllt FRANÇOIS MONGENOT zur vollsten Zufriedenheit aller.

Ende Jänner hat die Professorenschaft gegen den weiteren Verbleib MONGENOT'S als Lehrbeauftragter am

Romanistischen Institut abgestimmt. Die eigentlichen Gründe dafür sind äußerst unklar. Pädagogische und fachliche Gründe wurden von POLLAK bei einer Aussprache explizit ausgeschlossen. FRANÇOIS MONGENOT habe angeblich versucht, die Studentenschaft zu spalten. Was immer das heißen mag, hier ist von der Abspaltung der Studenten von der sogenannten "Projektgruppe" die Rede. Die Projektgruppe hat sich vor den letzten ÖH-Wahlen mit der Unterstützung von POLLAK konstituiert. Hauptsächlich hilft die Projektgruppe POLLAK, seinen Interessen auch von studentischer Seite her nichts entgegenzustellen. Auch dem VSSÖ, der noch bei den letzten Wahlen die Projektgruppe unterstützte, erscheint diese inzwischen fragwürdig. Ihr gehört unter anderem auch der oben erwähnte Studienrichtungsvertreter WOLFGANG BANDHAUER an. Außerdem habe dieser Ab- und Aussichten Assistent am Romanistischen Institut zu werden.

Es ist vielleicht nicht unwichtig, auf die Rolle sozialdemokratischer Hochschulprofessoren, wie hier Prof. POLLAK, näher einzugehen. Mag POLLAK noch vor zehn Jahren, als er von Frankfurt nach Wien kam, einen für die damaligen Hochschulverhältnisse entsprechend fortschrittlichen Standpunkt eingenommen haben, so hat er mit der weiteren Entwicklung der linken Studentenbewegung nicht Schritt gehalten. Obwohl POLLAK in seinen Lehrveranstaltungen links verbalisiert, beweisen seine praktischen Aktionen – wie im vorliegenden Fall – genau das Gegenteil. POLLAK selbst setzt den Rahmen möglicher fortschrittlicher Politik sowohl für Studenten als auch Assistenten recht knapp, d. h. für ihn ist linke Politik gleich Reformpolitik. Was immer entgegensteht, ist entweder reaktionär oder linkschaotisch. So ist auch sein sturer Standpunkt zu verstehen, den er im Fall der Entlassung MONGENOT'S einnimmt, hier steht POLLAK mit seiner Uneinsichtigkeit seit längerem ziemlich allein, Kompromißvorschläge und Gespräche lehnte er wiederholt ab, eine sachliche Diskussion war daher unmöglich.

Der Schluß liegt nahe, daß andererseits die Bemühungen von HINTERHÄUSER, Prof. der Lehrkanzel für Literatur, FRANÇOIS MONGENOT'S Lehrvertrag weiterzuverlängern, in



erster Linie dessen eigenen politischen Interessen nützen sollen. POLLAK und HINTERHÄUSER bekriegen sich seit Jahren und HINTERHÄUSER will durch sein schlichtendes Eingreifen im Fall MONGENOT unter anderem seine Stellung am Romanistischen Institut festigen. Hinzu kommt, daß HINTERHÄUSER nichts mehr wünscht, als ein ruhiges Institut, frei von jeglicher studentischer Bewegung. So versucht er auch in diesem konkreten Fall eine eventuelle Ausbreitung von Solidaritätsaktionen auf die gesamte Philosophische Fakultät zu verhindern. Und als die Studenten des Romanistischen Instituts einen eintägigen Warnstreik abhielten, versprach er sich für die Vertragsverlängerung MONGENOT'S einzusetzen, falls die Studenten den Streik sofort wieder beendeten.

Die Assistenten unterstützten mit einer Unterschriftenliste – wenn auch mit anderen Zielen – ebenfalls die Beschäftigungsverlängerung FRANÇOIS MONGENOT'S für weitere zwei Semester.

Als dann letzte Woche die Studienkommission stattfand, stimmte außer POLLAK die Mehrheit für den Antrag auf Vertragsverlängerung für weitere zwei Semester. Das Abstimmungsergebnis der Fakultätskommission wird nun ausschlaggebend sein für die Wiedereinstellung FRANÇOIS MONGENOT'S.

Die Bewegung und der Kampf der Studenten am Romanistischen Institut hat jedenfalls zwei wichtige Erfahrungen gebracht: Wo die Grenzen der "Reformpolitik" liegen und daß die Studenten es sind, die durch ihre Mobilisierung fortschrittliche Errungenschaften an der Universität sichern und nicht der "Pluralismus" der Professoren.



Wahlen zur Studienrichtungsververtretung

Was tun?

Im Unterschied zum letzten Jahr, wo die ÖSU-ÖH mit der Betonung der UOG-"Mitbestimmungs"gremien einen Wahlschlager zu landen versuchte, läuft heuer die Vorwahlzeit fast ohne Beteiligung der Öffentlichkeit ab. Daß Studienrichtungsverterwahlen stattfinden, wußte bis vor kurzem nur, wer in irgendeiner Form Kontakte zu den diversen abgehobenen ÖH-Gremien hatte: also politisch organisierte bzw. deren näheres Umfeld. Allein diese Tatsache zeigt, wie wenig Bedeutung im Bewußtsein der Studenten dieser angeblichen "Vertretung" zukommt und wie sehr die ÖSU, die momentan alle Gremien von der Fakultätsvertretung aufwärts majorisiert, einen Druck der Basis vermeiden will. Es hat sich allerdings gezeigt, daß dort, wo es unter den Studenten Bewegungen gab, die StRV's eine gewisse Bedeutung bekamen, vor allem als Mittel der Artikulation gegenüber der Öffentlichkeit (Ökonomie, Politologie).

Die StRV und die von ihr beschiedene Studienkommission (StK) mit ihrer

drittelparitätischen "Mitbestimmung" sind nicht der Ausdruck einer großzügigen Bereitschaft der Professoren und des Ministeriums, an die Studenten einen Teil der Entscheidungsmöglichkeiten zu delegieren. Ihre Einrichtung erfolgte vielmehr aus zwei Gründen: einerseits, um die uneingeschränkte Macht der Ordinarien zugunsten eines stärkeren Einflusses des Ministeriums und der dahinterstehenden Machtverhältnisse zu vermindern (die StK hat nur die Aufgabe, innerhalb eines vom Ministerium vorgegebenen Rahmens die Hochschulgesetze am Institut anzuwenden). Andererseits dienen die Studienrichtungsververtretungen dazu, die Artikulation studentischer Interessen in gesetzliche Bahnen zu lenken, um den Eindruck zu erwecken, die Studenten könnten "mitbestimmen". Wenn allerdings der "Rahmen" dieser Mitbestimmung in Zweifel gezogen wird (und dieser "Rahmen", das Allgemeine Hochschulstudien-gesetz, enthält eigentlich schon alle

Elemente der Studienverschärfung, Selektion und Kontrolle), wird die

Studienkommission "arbeitsunfähig". (So wurde etwa an der Soziologie/Phil. Fak. der Studienplan ((=detaillierteste Regelung des Studiums, enthält alle Pflichtvorlesungen)) vom Ministerium verordnet. Außerdem soll ab 1980 das studentische Blockveto in der Studienkommission wieder rückgängig gemacht werden.

Die im ÖH-Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten der Studienrichtungsververtretungen ("fachliche Förderung der Studenten", "Mitbestimmung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen...", "Vertretung gegenüber akademischen Behörden" – also Bittschriften an Dekane und Professoren – "Entsendung eines Vertreters" – ohne Stimmrecht – "an das nächsthöhere ÖH-Organ" und Verfügung über die Almosen, die die ÖSU-ÖH den StRVs überläßt) sind zur Durchsetzung fortschrittlicher Interessen der Studenten nicht geeignet.

Vom Gesetz her sind StRVs von der studentischen Basis abgetrennte, unbezahlte Verwaltungsbeamte, die in einer für die Administration billigen und bequemen Weise mögliche Mängel und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Hochschulreform lindern sollen. Wir lehnen diese Rolle, wie die Hochschulreform insgesamt, ab!

Allerdings heißt das nicht, daß die Studienkommissionen jenen überlassen werden sollten, die das Spiel des Ministeriums mitmachen. Das hat sich dort, wo es studentische Bewegungen gab, als ein großer Hemmschuh erwiesen. Da sie außerdem in der Öffentlichkeit als repräsentatives politisches Organ der Studenten gilt und da sie in beschränktem Ausmaß die Möglichkeit bietet, politische Entscheidungen – die meist hinter den Kulissen fallen – für die studentische Öffentlichkeit transparent zu machen, unterstützen wir die Kandidatur fortschrittlicher Mandatäre in die ÖH. Genossen der föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS kandidieren deswegen an mehreren Wiener Hochschulen auf linken Listen für die Studienrichtungsverterwahlen. Wir werden in der nächsten Nummer der 'offensiv links' über die Ergebnisse berichten.

F. N.



Bundeskongreß der Bewegung für Sozialismus (föj) Oktober 1976 Vorbereitungstagung 17. Juni in Wien

Um die Möglichkeit einer intensiven Diskussion zu gewährleisten, wurde beschlossen, den Bundeskongress der föj - bfs erst im Herbst abzuhalten. Am 17. Juni findet in Wien eine Tagung zur Vorbereitung der Themenkreise Organisationsfragen und Gewerkschaftsstrategie statt. Weiters sollen im Rahmen der Sommerakademie die Fragen einer allgemeinen Strategie vorbereitend diskutiert werden. Die Unterlagen werden auf Wunsch zugesandt. Der genaue Termin des Bundeskongresses wird am 17. Juni beschlossen.

MUSIK-DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

10.6. Erich Haas
Donnerstag **Inflation
in Ost und West**

11.6. Eine Diskussion mit
Freitag Redaktionsmitgliedern **Wiener Tagebuch -
Funktion, Tätigkeit**

18.6. **Repression in der BRD**
Freitag Bericht vom Anti-Repressions-Kongreß des Sozialistischen Büros, Frankfurt

Wladimirowitsch Konstantinow Lew **Probleme der**
25.6. Linksopposition in der SU
Freitag

Im Monat Juni
ist
an
Samstagen

Clubbetrieb ohne Programm

Geöffnet ab 19 Uhr * Diskussions- und Vortragsbeginn 19.30 Uhr

PERSONENKOMITEE FÜR DIE RECHTE DER SOLDATEN

=====

Das skandalöse Vorgehen gegen den Soldatenvertreter der 2. Kompanie des Jägerbataillons 4, Werner Grusch, der wegen seiner Tätigkeit im 1. österreichischen Kasernenkomitee der Maria-Theresienkaserne geschliffen wurde, bis er das Bewußtsein verlor, hat erneut den fehlenden Schutz der Rechte der Soldaten gezeigt.

Der Aufbau von Objektschutztruppen *) und die geplante Zwangsverpflichtung zum Bundesheer stellen weitere Schritte auf einem militaristischen, undemokratischen Weg dar. Vor dem Hintergrund des Februar 1934 - das Bundesheer wurde damals unter dem Vorwand der Sicherung der staatlichen Ordnung zur Beseitigung der Demokratie eingesetzt - ist diese Entwicklung mit Besorgnis zu beobachten.

Das Personenkomitee für die Rechte der Soldaten hat es sich daher zur Aufgabe gestellt, die Öffentlichkeit über alle Fälle von Repression im Bundesheer in Kenntnis zu setzen, um allen militaristischen und undemokratischen Tendenzen entgegenzutreten.

Das Personenkomitee unterstützt den Kampf der Soldaten im österreichischen Bundesheer um ihre Rechte, insbesondere jedoch die Bildung von Kasernenkomitees durch die Soldatenvertreter nach dem Muster der Maria-Theresien-Kaserne.

Das Personenkomitee tritt darüber hinaus für den Ausbau dieser Rechte ein und ruft zur Unterstützung der umseitigen Forderungen auf:

- bitte wenden -

*) siehe "profil" Nr.29 v.16.Juli 1975, S.20

- + Gesetzliche Verankerung der Soldatenvertreterkomitees.
- + Volle politische Rechte für die Soldaten, Versammlungs- und Informationsfreiheit in den Kasernen.
- + Volle politische Rechte für demokratisch gewählte Soldatenvertreter. Zusammenarbeit der Soldatenvertreter im Bereich der Kasernen, der Garnison und des gesamten Bundesheeres.
- + Gegen Drill und Schleiferei, gegen antidemokratische Wehrpropaganda und Erziehung.
- + Gegen den Ausbau des Bundesheeres als "innere Ordnungsmacht", gegen Objektschutztruppen und Zwangsverpflichtung.
- + Für menschenwürdige Unterbringung der Soldaten, weg mit den Massenunterkünften.
- + Für Nachturlaub aller dienstfreien Soldaten.
- + Für freie Heimfahrt der Präsenzdienner an ihren Wohnort.
- + Gegen die Ausplünderung der Soldaten in den Kantinen, Versorgung der Soldaten mit Getränken zum Selbstkostenpreis.

Zuname:

Vorname:

Beruf, Funktion:

Unterschrift

Straße etc.:

Ort/Postleitzahl:

Tel.Nr.:

Zuschriften erbeten an:

Gerhard Oberschlick, A - 1070 Wien, Museumstr.5/Tel.93 3353/Neues Forum (Eigentümer, Herausgeber, Verleger Drucker , verantwortlich für den Inhalt)